

Bezugspreis:

Für den Monat Dezember 1922 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 1200 M., für das übrige Ausland 1700 M. Postgebühren nehmen an Belgien, Dänemark, England, Irland, Island, Norwegen, Holland, Dänemark, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 22. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Postfach Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopiergebühr beträgt 100 M. Kleingeld 100 M. „Kleine Anzeigen“ das heißt gedruckte Wort 75 M. (gültig für zwei Zeilen) jedes weitere Wort 50 M. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 M. jedes weitere Wort 30 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zelle 30 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Dönhofsstraße, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Der Senat für Poincaré.

Paris, 21. Dez. Der Senat begann in später Nachmittagsstunde mit der Beratung der vorliegenden drei Interpellationen der Senatoren Gaudin de Villaine, Japp und Chastenet über die auswärtige Politik der Regierung. Senator Gaudin de Villaine ist krank. Ministerpräsident Poincaré erklärt, er stehe dem Senat zur Verfügung. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Doumergue schlägt vor, die Beratung der Interpellation um acht Tage zu verschieben. Das Haus spricht sich dagegen aus. Zur Begründung seiner Interpellation ergreift sodann Senator Japp das Wort. Er sagt, es sei unnötig, das Ruhrgebiet zu besetzen, es genüge, wenn man Deutschland hindere, irgend etwas ohne Erlaubnis der Alliierten aus dem Ruhrgebiet herauszubringen. Wir werden vielleicht so in Deutschland Unruhen hervorrufen. Redner zieht jedoch vor, Unruhen in Deutschland anstatt in Frankreich (?) zu haben. Auf alle Fälle sei das die einzige Möglichkeit, die Deutschen zum Nachgeben und zur Sanierung der französischen Finanzen zu zwingen. Die Kohlenfrage und die Diebstahl von Dreanzollern seitens Deutschlands an Frankreich sei für die ostfranzösische Industrie eine Lebensfrage. Die Franzosen begäben in ungeheurer Mehrheit zu Poincaré Vertrauen. (1) Dieser werde ein solches Vertrauen zu rechtfertigen wissen. Senator Chastenet verzichtet auf die Begründung seiner Interpellation, damit Poincaré sofort das Wort ergreifen könne.

Poincaré

führte aus, es sei natürlich, daß angesichts der Berichtigungen Deutschlands die Geister beunruhigt seien, und daß man nach einer neuen Lösung suche. Er glaube, er könne sich auf kurze Erklärungen beschränken, da er seine Erklärungen in der Kammer vor dem Senat aufrechterhalte, von denen er nichts zurückzunehmen, und denen er nichts hinzuzufügen habe. Deutschland beharre bei seinem Fehler. Seine Magnaten der Großindustrie hätten sich auf Kosten des deutschen Volkes bereichert. Die Inflation sei in beträchtlichem Maße gestiegen und die wirtschaftliche und finanzielle Miswirtschaft könne in Deutschland die schlimmste Katastrophe nach sich ziehen. Deutschland habe vor allem zu niedrigen Preisen exportieren wollen und habe sich systematisch ruiniert, um der Reparationszahlung zu entgehen. Deutschland führe seine Verpflichtungen nicht aus, und der Zahlungsplan vom Mai 1921 sei zum toten Buchstaben geworden.

An Wirklichkeit bemühe sich Deutschland, alle Reparationen hinauszuzögern. Sei dies nicht der Augenblick, um Deutschland ohne Gegenleistung ein neues Moratorium zu bewilligen? Man kündige neue deutsche Vorschläge an. Es werde sich wahrscheinlich um ein elastisches Moratorium handeln. Aber werde Deutschland das Moratorium dazu benutzen, um seine Finanzen zu sanieren? Die Vergangenheit müsse mißtrauisch machen. Man müsse

Deutschland einer effektiven Kontrolle unterwerfen.

Hebrigens, selbst wenn Frankreich sich gedulden wolle, könne es das nicht. Am 31. Dezember werde Frankreich für Deutschland etwa 100 Milliarden bezahlt haben. Man könne tatsächlich die französischen Staatsbürger nicht unbegrenzt ohne Wohnungen lassen. Die kommende Kampagne müsse also für den Wiederaufbau und für die nationale Wiedererhebung entscheidend sein. Das begonnene Werk müsse zu Ende geführt werden, deshalb müsse Deutschland zahlen. Deutschland habe Domargaliter, über die nach Artikel 248 des Friedensvertrages die Alliierten ein Privileg ersten Ranges besäßen. Dieses Privileg sei für ihn (Poincaré) eine konkrete Realität. Er werde von den Alliierten verlangen, mit Frankreich diese Pfänder zu nehmen oder Frankreich sie für gemeinsames Konto nehmen zu lassen.

Derselbe Artikel des Friedensvertrages gestatte den Alliierten, durch die Reparationskommission die Ausfuhr von Gold aus Deutschland zu verbieten. Deutschland habe diese Klausel nicht respektiert. Es besäße aber mobile Werte, die als Pfand für die Forderung an Deutschland dienen könnten. Poincaré wendet sich gegen die, wie er sagt, lächerliche Verleumdung, als wolle Frankreich Deutschland niederdrücken. Wir wollen Deutschland, so sagt er, nicht ruinieren, wir wollen aber auch nicht, daß es in einigen Jahren, nachdem es sich heute hinter seine Armut versteckt, über unsere tatsächliche Armut sich lustig machen kann. Unter dieser Reserve werden wir uns nicht den Bemühungen Deutschlands widersehen, seine Währung zu stabilisieren. (1) Wir würden glücklich sein, wenn es innere oder äußere Anteile abschließen kann, die es ihm gestatten, seine Schuld zu mobilisieren. Es sei wünschenswert, daß Deutschland Kapital erlange, aber das wolle nicht bezagen, daß die Reparationsfrage in die Hände der Bankiers übergehen solle.

Am 2. Januar werden wir auch über die interalliierten Schulden sprechen. Poincaré behauptet, daß er weitgehendes Entgegenkommen hierin gefunden habe, und daß man nicht mehr auf Amerika warten wolle, um die Frage der europäischen Schulden zu regeln. Frankreichs Kriegskosten hätten sich auf 145 Milliarden Franc belaufen. Barthou und Loucheur hätten in ihrem Bericht über den Friedensvertrag bedauert, daß die Alliierten nicht die Kriegsschuld Frankreichs erleichtert hätten. Wenn auch das nicht geschehen sei, so sei es doch wohl verständlich gewesen, daß die Reparation der Kriegsschäden eine privilegierte Schuld darstelle. Es würde also unzulässig sein, wenn Frankreich seine Schulden bezahlen müßte, bevor es selbst Entschädigung erlangt habe. Poincaré schloß mit den Worten: Die Aufnahme, die ich in London gefunden habe, war außerordentlich herzlich, und

ich bin sicher, daß die Verhandlungen in einem Gefühl des Einvernehmens und des gegenseitigen Vertrauens fortgesetzt werden. Wenn Meinungsverschiedenheiten ausstümen, werde man darüber wachen, daß sie niemals in Uneinigkeit ausarten.

Man werde es verstehen, zwischen den Alliierten die Beziehungen intakt zu halten, die nicht nur die der Brüderlichkeit, sondern auch Beziehungen seien, die der Glaube an die Gerechtigkeit und die Freiheit geschaffen habe.

Nachdem noch die Senatoren Francois Marsal und Ribot gesprochen hatten, wurde der Regierung mit Handaufheben das Vertrauen ausgesprochen.

Ein gefährlicher Plan.

Wäre der „Manchester Guardian“ nicht eines der bedeutendsten und bestinformierten Blätter der Welt, so hätte man seine Pariser Meldung über ein englisch-französisches Kompromiß in der Moratoriumfrage als eine Laternennacht gleichmäßig aufnehmen dürfen. Wenn aber ein Blatt wie dieses eine solche Nachricht als „aus sehr zuverlässiger Quelle“ stammend wiedergibt, so wirkt das unter allen Umständen alarmierend. Denn der Weg, der hier vorgezeichnet wird, ist kein Weg des billigen Ausgleichs und der Verständigung, sondern ein Weg des Zwangs und der Gewalt. Wenn Deutschland in diktatorischer Form die ausländische Finanzkontrolle auferlegt wird, wenn Gruben, Domänen und Wälder im besetzten Gebiet beschlagnahmt werden sollen und wenn für den Fall der Nichterfüllung dieser Bedingungen Frankreich das Recht zur Ruhrbesetzung eingeräumt werden soll, so bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als daß den annexionsistischen Bestrebungen Frankreichs, wenn auch in verschleierter Form, ein Freibrief ausgestellt wird.

Auch ohne das Zeugnis Lloyd Georges hätten wir gemutet, daß der französische Imperialismus darauf ausgeht, die deutsche Staatsgewalt im besetzten Gebiet zu enturzeln, um das hehgehehrte Land mehr und mehr der französischen Einflußsphäre anzugliedern. In der Beschlagnahme der Gruben, Domänen und Forsten würde niemand eine rein wirtschaftliche Maßnahme erblicken, sie würde sofort als eine politische Aktion erkannt werden zu dem Zwecke, die Rheinlande von Deutschland loszulösen. Widerstand gegen diese Loslösungsbestrebungen soll aber mit Ruhrbesetzung bestraft werden, das heißt mit einer Maßregel, die außerhalb des Friedensvertrages liegt und völkerrechtlich nur als eine feindliche Invasion bezeichnet werden kann. Zusammengefaßt würde das heißen, daß Deutschland unter Kriegsdrohung gezwungen werden soll, Maßnahmen zuzustimmen, die auf eine Preisgabe seiner Souveränität und auf seine Verreichung hinauslaufen.

Daß ein solcher Plan in allen Kreisen des deutschen Volkes mit Empörung aufgenommen wird, versteht sich von selbst. Darüber hinaus ist er geeignet, allen Friedensfreunden Europas und allen, die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau arbeiten, tiefe Besorgnisse einzuspielen. Denn das ist ein Plan nicht zur Befriedung der Welt und zu ihrer Konsolidierung, sondern ein Plan zur Aufspaltung der Leidenschaften und zur allgemeinen Zerrüttung. Wenn man drüben eine Politik fortzuführen gedenkt, die von Katastrophe zu Katastrophe schreitet, dann wirkt die Forderung nach Stabilisierung der Welt wie Hohn.

Einstweilen bleibt die Hoffnung erlaubt, daß die Meldung des „Manchester Guardian“ in der Form, wie sie uns telegraphisch übermittelt wurde, auf Irrtum beruht. Andernfalls ständen wir alsbald in einer ähnlichen Situation wie im Mai 1921.

Washington gegen Ruhrbesetzung.

New York, 21. Dezember. (Zuspruch.) „New York Tribune“ erzählt aus Washington von einer hohen amtlichen Persönlichkeit, daß die amerikanischen Truppen sofort vom Rhein zurückgezogen werden würden, wenn Frankreich das Ruhrgebiet besetze. Es wurde mitgeteilt, daß die Regierung eine Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen nicht billigt.

Schlusswort der Botschafterkonferenz.

Der vor W.B. veröffentlichte amtliche Wortlaut der neuen von Poincaré unterzeichneten Note in Sachen Passau usw. bezieht sich im allgemeinen mit der nach einem Pariser Telegramm der „Gazette“ in unserer Donnerstag-Abendausgabe veröffentlichten Inhaltsangabe.

In dem Ton dieser zweiten Note ist ein gewisser Fortschritt gegenüber der ersten unverkennbar. Soweit sie noch schärfere Wendungen und Forderungen enthält, so ist dem wohl keine größere Bedeutung beizulegen: es handelt sich für den sofortigen Poincaré anscheinend mehr darum, in diesem Rollenkampf das letzte Wort zu behalten. Die Sache selbst kann jetzt als endlich beigelegt angesehen werden, denn die noch geforderten Auskünfte und Schritte dürften weder haben noch drängen besondere Aufregung hervorzurufen.

Neudeutsches Siedlungswesen.

Von Otto Albrecht, Mitglied des Vorl. Reichswirtschaftsrats.

Das geltende Recht über das Siedlungswesen wird durch eine Anzahl von Reichs- und besonderen Landesgesetzen sowie durch Reichs- und Landesausführungsbestimmungen geregelt, die in ihrer Vielheit es dem Laien außerordentlich erschweren, sich mit dem Stoff vertraut zu machen und jeweils das herauszufinden, worauf es in einem gegebenen Falle ankommt. In Reichsgesetzen sind zurzeit vorhanden: das Reichs-Siedlungsgesetz vom 11. August 1919, das Reichsheimstätten-gesetz vom 10. Mai 1920, die Kleingarten- und Kleinpachtland-ordnung vom 31. Juli 1919 und die Reichspachtshubordnung n der Fassung vom 29. Juni 1922. Mit in Betracht kommen im besonderen noch die Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919 und die Bekanntmachung des Reichsfinanzministers über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken vom 15. März 1918; die beiden zuletzt genannten Gesetzgebungsakte stehen zurzeit in Bearbeitung für je ein besonderes Gesetz. Auch die Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 ist in dieser Zusammenfassung mit anzuführen. Die Landesgesetze sind noch erheblich zahlreicher; sie gehen rechtskräftig zurück teils bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, sind zurückliegend allerdings vielfach durchlöcherig und tragen nicht wenig dazu bei, den einfachen Menschenverstand zu verwirren. Wer in der Beurteilung einer Rechtslage sichergehen will, muß sich schon eines Sonderstudiums befleißigen oder sich von einer Stelle Auskunft holen, die sich berufsmäßig mit der Behandlung von Siedlungsangelegenheiten beschäftigt.

Die angeführten Umstände tragen erheblich dazu bei, die Praxis der Siedlungsbestrebungen zu erschweren und vieles zu vereiteln, was in der Absicht der neuen Gesetze liegt. Man darf sich darum gar nicht wundern, daß die Siedlungspraxis keinen rechten Fortgang nimmt und daß die Unzufriedenheit der Siedlungslustigen immer stärker anwächst. Die allgemeine Geldentwertung hat ein übriges dazu beigetragen, die Hemmnisse zu steigern und beabsichtigte sowie eingeleitete Unternehmungen einfach zum Stillstand zu bringen.

Das neuezeitige Siedlungswesen findet sein Hauptfundament in Artikel 155 der neuen Reichsverfassung. Es gliedert sich nach den einschlägigen Gesetzen in Wohnsiedlung und Wirtschaftssiedlung, führt in der Praxis jedoch auch zu Gemischtformen.

Was das Wohnsiedlungswesen anbetrifft, so bestimmt das Reichsheimstättengesetz, daß das Reich, die Länder, die Gemeinden und die Gemeindebehörden Grundstücke, die aus einem Einfamilienhaufe mit Ruggarten bestehen, als Wohnheimstätten zu Eigentum ausgeben können; in Ausnahmefällen kann eine derartige Ausgabe auch für Familienhäuser ohne Ruggarten sowie für Grundstücke erfolgen, die für nicht gewerbsmäßige gärtnerische Nutzung (Kleingärten, Laubengärten) bestimmt sind, in dem letzteren Falle mit der Maßgabe, daß die Grundstücke von vornherein zur späteren Bebauung mit einem Wohnhaufe vorgesehen werden. Die Kleingartenordnung sorgt für den Kündigung- und Pachtpreisschutz von Kleingärten, die unabhängig von einem Wohnungsmietvertrage verpachtet sind, sowie zur Beschaffung von Kleingartenland nötigenfalls im Wege der Zwangspacht.

Da die Kleingärten zumeist auf schon erschlossenem oder der Erschließung harrendem Baulande eingerichtet sind und werden und die nachgewiesene Bauabsicht den Pachtvertrag rechtskräftig zu lösen vermag, ist der Schutz dieser Gärten nur zeitlich bedingt. Es sind darum nicht aussichtslose Bestrebungen im flusse, die darauf abzielen, durch ein Reichsgesetz Dauerkleingartengelände in Verbindung und in unmittelbarem Anschluß an den vorhandenen Stadtkern zu schaffen und so allen gartenlosen Wohnungen einen Rechtsanspruch auf eine Kleingartenparzelle als erweiterte Wohnung für eine wirksame Gesundheitspflege und teils auch für küchenwirtschaftliche Nutzung zu sichern. Gleichzeitg soll vorgeschrieben werden, daß außerdem für alle in Großhäusern neugeschaffenen Wohnungen ebenfalls Gartenland im Bebauungsplan vorzusehen ist, womöglich im Rahmen des einzelnen Baublocks.

Die Großstädte bedürfen in ihrer Wohnsiedlung dringend einer Entlastung; eine weitere Vergrößerung ihres Gesamtbereichs sollte möglichst verhindert werden. Die weitere Umgebung sollte erst jenseits der Kleingartenzone mit Neubauten belegt werden dürfen, und zwischen diesen neuen Wohnsiedlungen sollten gartenbauliche Pflanzungen (als Berufswirtschaften) entstehen, auch Landwirtschaftsbetriebe sollten nach Möglichkeit als solche erhalten bleiben. Dazu käme noch, wo möglich, eine Wald- und Wiesen-gürtelung. Es erscheint geboten, diese ganzen Materien ebenfalls reichsgesetzgeberisch zu behandeln.

Die Landwirtschaftssiedlungen kommen nach dem Reichs-Siedlungsgesetz in drei Formen vor: Als Anlieger-, als Neu- und als sogenannte Arbeitersiedlungen. Die Anliegersiedlung bezweckt eine Auffüllung kleiner Betriebe bis zur Größe einer selbständigen Uferanrührung, ein Gedanke, der für die Praxis kraftvollster Unterstützung wert ist. Rei-

siedlungen lassen sich zurzeit nur sehr schwer schaffen; man wird da neue Mittel anwenden und neue Wege einschlagen müssen, wenn man diese Neuwertungsarbeiten überhaupt noch fortsetzen will. Vor allem ist dahin zu wirken, daß an die Stelle des privaten Bodeneigentums das Gemeineigentum mit einem neuzeitlich fundierten Erbpachtrecht tritt, das übrigens auch für das Zuteilungsland auf Anliegerfiedlungen zu übertragen wäre. Dazu sollte weitreichende Befehlshung der Gebäude und ausreichende öffentliche Kredithilfe treten, um die mit tüchtigen Wirtschaftlern besetzten Stellen wirklich lebens- und entwicklungsfähig zu machen. Es ist durchaus nicht so zwingend, nur wirkliche Berufslandwirte mit einbringbarem Geldkapital anzusehen; die nachzuweisende Tüchtigkeit allein sollte als ausreichendes Kapital genügen. Dann werden sich dafür sicherlich in Massen tüchtige Landarbeiter bewerben. Ebenso sollten bisherige Kleingärtner mit in Betracht gezogen werden, die auf ihrem Kleingartenlande den landwirtschaftlichen Beschäftigungsnachweis erbracht haben.

Besonderes Augenmerk verdient auch das landwirtschaftliche Kleinpächterwesen. Hier liegen sehr wichtige Anknüpfungen für räumliche und rechtliche Vervollständigung dieser Betriebe zu Volkswirtschaften im Sinne des geltenden Reichsleistungsgesetzes vor. Zu diesem Behufe wäre die nur zeitlich (bis 1924) begrenzte Reichspachtgesetzordnung in das Reichsleistungsgesetz selbst hineinzuarbeiten und seine Bestimmungen müßten als Dauerpachtgesetz ausgebaut werden, so daß sich auf deren Grundlage eine Kleinbauernpachtfiedlung entwickeln kann.

Die Arbeiterpachtfiedlung des Reichsleistungsgesetzes kann in ihrer Aufmachung ebensowenig zu dem Ziele führen, das ihr gesteckt ist, wie frühere zu solchen Zwecken geschaffene Gesetzesbestimmungen. Man muß da erst einmal über die bisher vorgeschriebene Pachtlandgrenze (Pachtland für eigenen Familienbedarf) hinausgehen und gleichzeitig Möglichkeiten erschließen, daß solche Arbeiterstellen sich unmittelbar zu einer vollen Kleinbauernfiedlung entwickeln kann, wieder nach Bodenrechtsgrundlagen und Unterstützungsgesichtspunkten, die oben zu den Anlieger- und Neufiedlungen gefordert sind.

Wir wollen und wir dürfen ganz gewiß Großlandwirtschaftsbetriebe nicht mahlos zerbrechen. Sie sollen und müssen im Gegenteil als solche erhalten bleiben, wenn es Ruster- und Versuchsgüter sind, und wenn ihre überlegene wirtschaftliche Ergiebigkeit unanzweifelbar feststeht. Andererseits wird aber auch diese Ueberlegenheit zu häufig dort angenommen, wo sie gar nicht vorhanden ist. Die Arbeiterfiedlung, entsprechend aufgezogen, sollte den Großbetrieben weitbewerbend „auf den Hals geschickt“ werden.

Nur eine Vollenshaltung der verfügbaren Fachkräfte in Verbindung mit zeitgemäßer Technik sollte in den Einzelfällen beweisträftig dafür werden, welche Betriebsgrößen die zweckdienlichsten sind. Darum wäre es ratsam, gegebenenfalls auch die auf nur eine „selbständige Uckernahrung“ bemessenen Kleinbetriebe sich zu größerem Umfange entwickeln zu lassen.

Hitlers Freunde in Schwaben.

Der Vorstoß der nationalsozialistischen Sturmtruppe auf das Württembergische Gebiet gibt dem Stuttgarter Mitarbeiter der „Völkischen Zeitung“ Veranlassung, auf sehr verdächtige Beziehungen der Nationalsozialisten zu einflussreichen württembergischen Stellen hinzuweisen. Er macht darauf aufmerksam, daß die Nationalsozialisten auch in den Kreisen der württembergischen Industrie sehr kapitalkräftige Gönner haben müssen, denn ohne ihre Hilfe wäre die mit großen Mitteln arbeitende Agitation im Lande nicht möglich.

Sehr bemerkenswert erscheinen ihm aber gewisse Vorgänge in der württembergischen Regierung und im Parteileben. Das schwäbische Zentrum habe unter Führung des Innenministers Graf und des Justizministers Holz eine gewisse Schwankung zu den Deutschnationalen vorgenommen, vielleicht im Zusammenhang mit der Thron-

prätendentenschaft des katholischen Herzogs Albrecht. Der Korrespondent spricht von bedrohlichen Waden-schaften, mit denen das Zentrumsmittlerum Graf gegenwärtig die württembergische Polizeiverwaltung den Deutschnationalen in die Hände spielt. Das ganze bisher kommunale Polizeiwesen wird verstaatlicht und als oberste Leiter werden nur stramm deutschnationale Personen bestellt.

Daß das eine Gefahr für die innere Entwicklung werden kann, liegt auf der Hand. Man darf deshalb erwarten, daß die württembergische Zentrumspartei, die sich mit Demokraten und Sozialdemokraten in der Regierungskoalition befindet, sich zu den Anklagen äußern wird, die von dem demokratischen Blatte erhoben werden.

Güter vom bayerischen Industriellen-Verband finanziert.

München, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Auf die Anfragen der „Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz“ an Dr. Kuhl, das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Bayerischen Industriellen-Verbandes, über seine Beziehungen zu den Nationalsozialisten sind bis heute Antworten nicht eingegangen. Die genannte Korrespondenz erklärt nun:

„Wir stellen dieses Schweigen, das eine deutlichere Antwort ist als sie die lauteste Erwiderung hätte geben können, ausdrücklich vor aller Öffentlichkeit fest. Um aber keinen Zweifel auskommen zu lassen und um Herrn Dr. Kuhl nochmals Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, erklären wir auf das kategorische: Es ist so, wie wir in unseren Fragen angedeutet haben. Herr Dr. Kuhl hat neben einigen anderen prominenten Mitgliedern des Bayerischen Industriellen-Verbandes Herrn Hitler sehr namhafte Summen zur Finanzierung der Nationalsozialistischen Partei gegeben. Herr Dr. Kuhl hat in den Kreisen des Industriellen-Verbandes Gelder für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei gewonnen. Herr Dr. Kuhl hat mit Hitler persönlich verhandelt, um die Nationalsozialisten als Schutztruppe für gewisse Unternehmungskreise zu gewinnen. Das sind Tatsachen, die nicht widerlegt werden können und für die Zeugen von absoluter Zuverlässigkeit zur Verfügung stehen. Wir verstehen daher, wenn Herr Dr. Kuhl auch nicht einmal den Versuch einer Widerlegung macht. Im übrigen erschöpfen diese Feststellungen keineswegs unser ganzes Wissen über die Beziehungen zwischen Industriellen-Verband bzw. Herrn Dr. Kuhl und den Nationalsozialisten. Wir begnügen uns heute nur mit der Feststellung, daß schon der Vorgänger des Herrn Dr. Kuhl, Herr Kroll, Hauptleiter der Filiale der Deutschen Bank in Würzburg, die Beziehungen zu den Nationalsozialisten aufgenommen und sehr viel, sagen wir „finanzielles Verständnis“ für die Ideen und Pläne des Herrn Hitler gezeigt hat. Herr Dr. Kuhl hat diese Beziehungen noch weiter ausgebaut und System in die Sache gebracht, besonders die Frage der finanziellen Unterstützungen in großzügiger Weise organisiert. Wir wollen Herrn Dr. Kuhl in diesem Zusammenhang nur an gewisse vertrauliche Rundschreiben an die Mitglieder des Industriellen-Verbandes erinnern. Wir hoffen, er wird uns verstehen. Sollte das nicht der Fall sein, so sind wir zu näherer Auskunft gern bereit. Herr Dr. Kuhl wird dann noch mehrere Fragen zu hören bekommen, auf die ihm die Antwort sicherlich nicht leicht sein wird, wie auf unsere eben angeführten bis heute von ihm unbeantwortet gebliebenen Feststellungen.“

Die „Münchener Post“ bemerkt zu diesen Ausführungen: „Darin wir vielleicht hier etwas nachhelfen und an den Schwiegervater des Herrn Dr. Kuhl, Herrn Geh. Kommerzienrat Duff, die Frage richten, ob ihm bekannt ist, weshalb in der letzten Zeit seine Bemühungen, weitere industrielle Gruppen zum Anschluß an seinen Verband zu bewegen, ergebnislos blieben? Ist ihm bekannt, daß dieser Anschluß sogar schon mit der Begründung abgelehnt wurde, daß die Mittel des Industriellen-Verbandes in „unsaubere Kanäle“ fließen? Wenn die öffentlich angefragten Persönlichkeiten noch weiterhin in ihrem Schweigen zu verharrten gedenken, so behalten wir uns vor, nähere Einzelheiten über diese Vorgänge zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.“

Bemerkenswert ist, daß die gesamte Münchener bürgerliche Presse bisher von der Angelegenheit noch nicht die geringste Notiz genommen hat.

Rohbach unter Anklage.

Der Staatsanwalt in Schwerin hat jetzt gegen den Leutnant Rohbach die Anklage wegen Fahnenflucht erhoben. Es handelt sich bekanntlich um den Uebertritt der Rohbach-Truppe ins Baltikum im Jahre 1919.

Die neuen Erwerbslosensätze.

Der Reichsrat lehnte in seiner Donnerstag-Sitzung die Beschlüsse des Reichstags gegen die vom Reichstag kürzlich beschlossene Änderung des Einkommensteuer-Gesetzes ab und stellte sich auf den Boden der Reichstagsbeschlüsse. Verabschiedet wurde das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und die Änderung des Schwerbeschädigten-Gesetzes in der Regierungsvorfassung. Ferner wurden folgende fälligen Unterstufungs-sätze für die Erwerbslosen beschlossen, die im wesentlichen dem Entroge der sächsischen Regierung und dem Verlangen der Sozialdemokratie entsprechen.

	Ortsklasse	A	B	C	DE
Für männl. Erwerbsl. über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben		360	335	290	250
Für männl. Erwerbslose, sofern sie im Haushalt eines anderen leben		250	225	200	175
Für männl. Erwerbsl. unter 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben		125	115	100	85
Für weibl. Erwerbslose über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben		275	250	225	200

Für weibliche Erwerbslose über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, ermäßigen sich die Sätze im Vergleich zu den männlichen Erwerbslosen in jeder Klasse um 75 M.

Weiter erklärte sich der Reichsrat mit dem Beschlusse über Arbeitslosenversicherung einverstanden. Hervorzuheben ist daraus, daß die Krankenkassen zu Trägern dieser Versicherung gemacht werden. Den Gegenstand der Versicherung bildet die Versorgung in Krankheitsfällen und die Arbeitslosenunterstützung. Grundsätzlich muß der Arbeitslose auch anderweitige Arbeit annehmen, aber nur unter gewissen Voraussetzungen. Die Wartezeit beträgt mindestens 26 Wochen. Die Aufbringung der Mittel ist verteilt geregelt, daß zwei Drittel durch Zuschüsse des Reiches, der Länder und Gemeinden bestritten werden. Die Beiträge werden vom Reichsarbeitsminister festgesetzt. Gewählt ist das Umlageverfahren.

Neuerungen im Versorgungsverfahren.

Der Reichstag hat am 18. Dezember dem abändernden Gesetzentwurf über das Verfahren in Versorgungssachen zugestimmt. Nach geltendem Recht erhält der Kläger, dem vom Versorgungsgericht Versorgungsgebühren zugewiesen worden sind, bis zur Erledigung des vom Reichsrekurs eingeleiteten Rekurses einen Teil der ihm zuerkannten Gebührene vorläufig ausgezahlt. Eine solche vorläufige Zahlung kann ferner von dem Versorgungsgericht und dem Reichsversorgungsgericht angeordnet werden, wenn sie mit dem Grunde nach erlenen oder die Sache an eine Vorinstanz zurückverweisen. In allen Fällen beschränkt sich jedoch die vorläufige Zahlung auf die Grundrente und die Schwerbeschädigtenzulage, bei Hinterbliebenen auf die Hinterbliebenenrente, während a. D. die Ausgleichs-, die Pflege-, die Kinder- und vor allem die Teuerungszulage zunächst nicht gezahlt wurde. Nach dem neuen Gesetz werden auch die Ausgleichs-, die Kinder- und die Pflegezulage ohne weiteres gezahlt. Darüber hinaus können nach den nunmehr vorgenommenen Änderungen des Reichsarbeitsministeriums im Falle der Bedürftigkeit auch die sämtlichen sonstigen Gebührene, insbesondere die im Vergleich zu den anderen Gebührene sehr beträchtliche Teuerungszulage, bewilligt werden. Für die Beteiligten bedeutet das einen erwünschten Fortschritt.

Der Reichliche Finanzminister Henrich hat in einer Besprechung mit dem Staatspräsidenten Ulrich erklärt, daß er bei seiner Rücktrittserklärung verharre. Er ist in dessen bereit, die Finanzgeschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers fortzuführen, die voraussichtlich erst nach Weihnachten erfolgen wird.

Vom technischen Fortschritt.

Von Willy Rösser.

Eine hübsche Geschichte weiß von einem Schüler zu erzählen, der es liebhaft bedauerte, in einer Zeit geboren zu sein, in der es nach seiner Meinung nichts mehr zu erfinden und zu entdecken gäbe. Der gute Junge wußte noch nicht, daß es keinen Stillstand gibt, daß jede neue Erkenntnis zu neuem Forschen zwingt, so daß die einzelnen Wissensgebiete schier ins Unbegrenzte wachsen. So wird es dem einzelnen Menschen, und möge er selbst ein Geistesriese sein, unmöglich gemacht, in alle Forschungsgebiete tiefer einzudringen. Wir begnügen uns daher, auf wenigen Gebieten Tüchtiges zu leisten, und freuen uns, wenn wir von Zeit zu Zeit die Ergebnisse auf anderen Zweigen menschlichen Schaffens erfahren, ohne uns jedoch um die Methoden und die Arbeit zu kümmern, die zu diesen Ergebnissen führten.

Eine Reihe von Jahrbüchern hat die dankbare Aufgabe übernommen, in knapper Form über die letzten Fortschritte zu berichten. Das „Jahrbuch der angewandten Naturwissenschaften“ registriert in seinem 32. Jahrgange die Hauptergebnisse auf diesem weiten Gebiete, das der heutigen Zeit sein Gepräge gibt. Ein großer Teil des fast 400 Seiten starken Buches, in dem Medizin und Fortschritt sowie auch die Geographie und Astronomie ausführliche Berücksichtigung gefunden haben, ist der Technik gewidmet. Im Abschnitt Bauwesen werden die Pläne von Großwasserkräften dargestellt, die quer durch den deutschen Süden vom Rhein zur Donau laufen sollen, der Rhein-Rain-Donau-Kanal und die Rhein-Neckar-Donau-Verbindung. Durch die Verwirklichung dieser Bauten, für die auch in den Entente-Ländern großes Interesse besteht, würde eine ununterbrochene Wasserstraße von der Rheinmündung bis zum Schwarzen Meer geschaffen werden. Auf ihr könnten alsdann Schiffe von 1200 bis 1800 Tonnen verkehren.

Durch die Ausnutzung der Wasserkraft können nach den neuesten Schätzungen auf dem Erdball etwa 745 Millionen Pferdekräfte gewonnen werden. An dieser Summe ist Deutschland mit etwa 5 Millionen Pferdekräften beteiligt, und es könnten durch die Ruppelermachung der „Nässigen weißen Kohle“ wohl 20 Millionen weitere schwarze Kohle exportiert werden. Hier liegt noch ein weites Arbeitsgebiet vor uns. Die Kraftwerke in Süddeutschland, wie das Saagenwerk und das am Waldenisee, sind vielerprechende Anlagen.

Im Zeitalter des Eisens wird, so paradox es klingen mag, neuerdings zu manchen Konstruktionen, die wir uns nur noch aus Eisen geformt vorstellen konnten, Holz mit großem Erfolg verwendet. So stellt man nun auch in Europa Holzgroßleitungen von großem Durchmesser her, die Kilometerweit über das Land geführt werden und die, aus einzelnen Stäben zusammengesetzt, Drucke bis zu 15 Atmosphären ertragen können. Diese Rohre sind bedeutend leichter zu verlegen als schwere Eisenrohre gleichen Durchmessers, da sie erst an Ort und Stelle zusammengebaut werden. Ferner sind Dachkonstruktionen und Fußgängerbrücken bis zu 60 Meter Spann-

weite in statisch einwandfreier Weise unter Verwendung von Holz ausgeführt worden.

Japan hat den Ruhm, im Tokio das höchste Massivbauwerk der Erde, einen Funkenturm aus Eisenbeton von 201,30 Meter, zu besitzen. Der äußere Durchmesser des in Form eines Schornsteins errichteten Turmes beträgt am Erdboden 18,5 Meter und verjüngt sich in luftiger Höhe bis auf 1,5 Meter. Zu seiner Herstellung wurden 4630 Kubikmeter Beton und 425 Tonnen Stahl verwendet. — Nur wenigen Leuten ist bekannt, daß der Siemens-Turm der Berliner Siemens-Werke die größte Uhr Europas trägt. Die vier Ziffernblätter bedecken bei je 7 Meter Durchmesser eine Fläche von 38,5 Quadratmeter. Die großen Zeiger sind 3 Meter, die kleinen 1,75 Meter lang. Ein Zeigerpaar wiegt fast anderhalb Zentner.

In Amerika sind groß angelegte Versuche ausgeführt worden, die beweisen, das elektrische Schweißen für den Zusammenbau von Schiffskörpern zu verwenden. Der Schiffsrumpf wird zunächst durch Punktschweißung zusammengeheftet, so daß er sich selbst tragen kann. Dann werden die Platten, Spanten usw. durch Lichtbogenerschweißung endgültig verbunden. Sollte sich dieses Verfahren bewähren, so würde das einer Revolutionierung des Schiffbaus gleichkommen. Für die Arbeiterschaft ist diese Methode von großer Bedeutung, denn viele Bohrer, Rießer und Stimmer mühten alsdann mit anderen Arbeiten beschäftigt werden.

Auf dem Gebiete der Radiotechnik sind wichtige Arbeiten gelungen. Es möge auf die drahtlose Ortbestimmung auf See unter Verwendung einer kleinen Rahmenantenne sowie auf den funktentelegraphischen Zeitungsdienst hingewiesen werden. Auch im Flugzeug- und Luftschiffbau wird emsig gearbeitet, wenn auch der Verfall der Fabriken viele hemmende Bestimmungen auferlegt, die es ihnen nicht gestatten, mit anderen Ländern in Wettbewerb zu treten. Doch zeigen die Leistungen auf der Segelfluggeländerei in der Rhein, daß trotz der Hemmungen, die kurzfristige Politik hier aufgetürmt haben, erfolgreiche Arbeit geleistet werden kann.

Ein Hohenzoller über Ostpreußen.

Die ostpreussischen „Nationalisten“ sind gegenwärtig am Werke, die Provinzen vom übrigen Deutschland abzutrennen. Ein Mann, das bei diesen Bestrebungen wesentlich mitwirkt, ist der Hof gegen die Republik und die Hoffnung, am Ende wieder unter die Regierung des angestammten Herrscherhauses zu gelangen. Weider hat die Idee, die sie diesem Hause entgegenbringen, nicht immer auf Gegen-sätzlichkeit beruht, und es ist reichlich zu sehen, wie einer der intelligenten Hohenzollern, der alte Fritz, über seine getreuen Unter-tanen jenseits der Weichsel urteilt. Am August 1739 beschrieb er als Kronprinz zum erstenmal Königsberg, und er schickte in Briefen an seinen Freund Jordan die empfangenen Eindrücke von Land und Leuten folgendermaßen zusammen:

Unter dem 3. August: „So war ich denn in der Hauptstadt eines Landes, wo man im Sommer gebraten wird, und wo im Winter die Welt vor Rälte springen möchte. Es kann besser Bären auf-ziehen, als zu einem Schauplatz der Wissenschaften dienen. Die Einwohner sind demütig, schmeichlerisch und kri-

chend, aber auch eingebildet, stolz und arrogant; ihre Demut ist ebenso abgeschmackt, wie ihre Annahme unerträglich. Die Künste hat man hier noch nie kultiviert, und allem Anschein nach wird es auch nie geschehen.“

Am 8. August: „Wir gehen mit unserem Rühlgang und unserer Langeweile ganz gemächlich spazieren. Beide sind, wenn ich nicht irre, die Schutzhüter von Königsberg; denn die Leute, die man hier sieht, und die Luft, die man hier atmet, scheinen einem nichts anderes einzuflohen. — — — hierzulande ist ein Mädchen nur dadurch von einer Stute unterschieden, daß es auf zwei und diese auf vier Füßen geht.“

Und endlich am 10. August: „Dieses Land, das so fruchtbar an Pferden, so gut angebaut und so bevölkert ist, bringt nicht ein einziges denkendes Wesen hervor. Ich verliere Ihnen, blieb ich lange hier, so verliere ich noch den wenigen gefunden Menschenverstand, den ich etwa haben mag.“

Natürlich bestanden die Kreise, mit denen der preussische Thronfolger in Berührung kam, ausschließlich aus „hoffähigen“ Personen, in erster Linie aus Mitgliedern des ostpreussischen Landadels. Und wer diese Schicht kennt, wird bestreiten können, daß das Urteil, das der alte Fritz vor fast 200 Jahren fällte, auch heute noch zutrifft.

Die älteste im Umlauf befindliche Münze. Seit dem Jahre 1158 bildet das Pfund Sterling in England die Münzeinheit, die deshalb als die älteste der Welt anzusehen ist. Das Pfund war ursprünglich eine Silbermünze im Gewicht des gegenwärtigen Pfunds und von etwa 930 Tausendstel Feinheit. Es war in 20 Schilling geteilt, aber diese Teilungszahl erfährt unter den verschiedenen Königen Englands mannigfache Änderungen, die bis zu 288 Schilling gingen. Der Name „Sterling“ entstand vermutlich im 13. Jahrhundert im Zusammenhang mit dem lebhaften Handel, den die Städte der deutschen Hanse mit England unterhielten. Der Name, auf den man die „Münze von Dfen“ gelaufen hatte, lautete zunächst „Goslerling“, denn der Bund der Hanse fand bei den Engländern in hohem Ansehen und aus diesem Grunde wurden seinen Mitgliedern auch mannigfache Privilegien eingeräumt, darunter das Vorrecht, Münzen zu prägen. Da diese Münzen vom Dfen kamen, so wurden sie Goslerling genannt, eine Bezeichnung, die später in Sterling verkürzt wurde. Nach einer anderen Version stammt der Name daher, daß die Münzen zuerst von Münzmeistern geprägt wurden, die man zur Verbesserung der englischen Münze aus Deutschland und den Niederlanden kommen ließ. Seit 1817 besteht das Pfund Sterling als britische Münzeinheit aus Feingold und führt den Namen „Sovereign“. Ein Londoner Blatt weist jetzt darauf hin, daß der ehemalige deutsche Reichskriegschatz im Spanauer Juliusturm, der im Jahr 1872 von der französischen Kriegskontingente von 5 Millionen abgezweigt und als Reserve zurückgelassen wurde, zum großen Teil aus englischen die Münzzahl 1872 tragenden Sovereign bestand. Als dieser Goldchatz im Jahre 1915 in Umlauf gesetzt wurde, ließ das Gold über Skandinavien nach England zurück. Die Goldmünzen aus dem Jahre 1872 waren von funktionslosem Gepräge und befanden sich in vielen Fällen noch in denselben Säcken, in denen sie 43 Jahre vorher die Bank von England verlassen hatten.

*) „Jahrbuch der angewandten Naturwissenschaften“ 1920/21. 32. Jahrg. Verlag Herder u. Co. G. m. b. H., Freiburg i. Breisgau.

Schwurgerichte.

Drei Urteile, die ein Urteil fordern.

Einige Schwurgerichtsurteile der letzten Zeit, die sich mit politischen Verbrechen zu beschäftigen hatten, verdienen noch einmal nebeneinander gestellt zu werden:

1. Das Berliner Schwurgericht verurteilte gegen zwei politische Verführer, die in sorgfältiger Vorbereitung und gegen Bezahlung einen Mordversuch gegen einen jüdischen Schriftsteller unternahmen, den sie irrtümlich für einen Repräsentanten der Republik hielten. Beide wurden von der Anklage des Mordversuchs freigesprochen und nur wegen Beihilfe zur Körperverletzung verurteilt.

2. Die Geschworenen in Cassel sprachen die studentischen Arbeitermörder von Thüringen frei, die Geschworenen von Halle verurteilten einen Offizier, der einen solchen Arbeitermord befohlen hatte, zu einer gelinden Gefängnisstrafe.

3. Die Geschworenen in Essen hingegen saßen über einen Arbeiter zu Gericht, der in den blutigen Kämpfen zur Abwehr des Kapp-Putsches ein „Revolutionstribunal“ gebildet hatte und in diesem zwei Personen zum Tode verurteilen ließ. Dieser Arbeiter, der glaubte, im revolutionären Recht zu sein, als er Blutspalten mit Blutaten beantwortete, wird von den Essener Geschworenen zwei Jahre später zum Tode verurteilt. Von der Anwendung des Amnestiegesetzes von 1920 war keine Rede.

Es ist also rechtens in Deutschland, daß politische Geheimbündler, die planmäßig einen Mord vorbereiten und ihn auszuführen versuchen, nur wegen Beihilfe zur Körperverletzung verurteilt werden, daß Offiziere und Studenten, die Arbeiter hintertäuschen lassen, freigesprochen werden. Daß andererseits aber Arbeiter, die in der Hitze und Erregung blutiger Kämpfe, wie sie sich damals im westlichen Industrierevier abspielten, zu einer Abwehraktion hingerissen sehen, die sie für revolutionär hielten, dafür mit dem Tode bestraft werden.

Die Gegenüberstellung dieser Urteile zeigt, wie weit wir seit der Revolution bereits zurückentwickelt sind. Und daß die Urteile von Geschworenen, nicht von militärischen Standgerichten gesprochen wurden, macht sie noch schlimmer, als sie ohnehin sind. Wir dürfen aber der Erwartung Ausdruck geben, daß in dem Essener Fall nachträglich das Amnestiegesetz zur Anwendung kommt.

Gegen die Not der Presse.

Die Forstbesitzer wollen weiter wuchern.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Gesuchentwurf zur Forderung des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse. Die Abgabe von Holzverkäufen der zur Gewinnung des Holzes von forstwirtschaftlich nutzbaren Grundstücken Berechtigten soll von 1/2 auf 1 1/2 Proz. erhöht werden. Zur Begründung führte ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums aus, daß sich die Lage der Presse in der letzten Zeit wesentlich verschlechtert habe. Diese Entwicklung sei hauptsächlich durch das Emporsinken der Papierpreise von 16,50 M. im Juni auf 405 M. pro Tonne im Dezember begründet worden. Bei der neuen Erhöhung kann mit einem jährlichen Ertrag von 13,5 Milliarden Mark gerechnet werden, so daß bei Berücksichtigung des Ertrages der Aufzubehaltung monatlich 1275 Millionen für Rückvergütung an die Zeitungen zur Verfügung stehen. Bei einem Verbrauch von 15 Millionen Tonne Druckpapier im Monat entfallen auf das Tonne Druckpapier 85 M. (bisher 35 M.) Rückvergütung.

Die Arbeitgeber der Forstwirtschaft erheben gegen diese Belastung Einspruch, während die Arbeitnehmervertreter unter Hinweis auf die ungerechtfertigte Preissteigerung des Holzes eine Erhöhung auf 3 Proz. der Abgabe beantragten. Das wurde abgelehnt. Annahme fand ein Antrag Bernhard, der fordert, daß die Rückvergütungsstufe bis zu 5 Proz. der ihr zugehenden Beträge abzuweichen und den in Betracht kommenden Verbänden zur Unterföhrung der durch die Not der Presse stellenlos gewordenen Arbeiter, Angestellten oder Redakteure zur Verfügung zu stellen hat. Diese Gelder sollen insbesondere auch

Von Gogh's Grab. Vincent van Gogh wird immer mehr als einer der größten Schöpfer der germanischen Kunst der Neuzeit erkannt. Obwohl er so lange in Frankreich lebte und zu Kupers sein Grab gefunden hat, ist Befensart und Kunst dieses Holländers doch ganz germanisch. Die immer wachsende Bekanntheit mit seinem Leben hat nun auch dazu geführt, daß man sich näher mit seinem Grab befaßt hat. Wie ein Verehrer seiner Kunst Henri Colliereau in der Zeitschrift der Galerie Flechtstein „Der Querschnitt“ ausführt, war es ihm sehr schwierig, das Grab des großen Malers auf dem Friedhof zu Kupers zu finden. Die Einwohner der Stadt kennen es nicht; niemand kümmert sich darum. Von Gogh liegt neben seinem Bruder Theodor beerdigt, der ihm im Leben der treueste Freund war und ihm die Schöpfung seiner Werke ermöglichte. Nun wächst das Gras wild und verwahrt auf dem Doppelgrab, und das Ganze bietet ein trauriges Bild des reichen Bergmanns. Auf diese Ermahnung an die Verehrer von Gogh hat der Sohn des Dr. Gachet, der van Gogh während der letzten Tage pflegte, mitgeteilt, daß die Verwahrlosung des Grabes abfichtlich sei, denn eine bessere Pflege „widerstreift dem Geist von Gogh und dem Willen der Frau Theodor van Gogh“. Aber auch wenn man diesen Willen der Nächsten ehrt, so wäre es doch nicht zu tief, wenigstens ein paar von den herrlichen Blumen des Südens auf diese Hügel zu pflanzen, von denen der Maler so leuchtende und unvergessliche Bilder geschaffen.

Kostspielige Orthographie. Wir haben zwar bereits aus unserer Rechtschreibung eine große Menge von Buchstaben herausgemerkt, die ganz überflüssig sind, aber noch immer schleppt unsere Orthographie und noch mehr unsere Interpunktion allerlei mit sich, was überflüssig ist. Bedenkt man, welche Kosten diese überflüssigen Buchstaben und Zeichen bei dem heutigen teuren Druck verursachen, so beargwöhnt man, daß der Kampf gegen alle nicht unbedingt notwendigen Dinge in der Druckschrift eine außerordentliche praktische Bedeutung hat. Mehrere mathematische Sachverständige haben die Aufgabe übernommen, festzustellen, wieviel Druckkosten jährlich in der englischen und französischen Sprache durch die überflüssigen Zeichen verursacht werden. Der Bericht stellt fest, daß auf diese Weise in Frankreich und England allein 8 Millionen Pfund Sterling herausgeworfen werden. Man hat berechnet, daß sich in allen Zeitungen und Zeitchriften, die in Frankreich in einem Jahre veröffentlicht werden, im ganzen 108 Milliarden Buchstaben befinden; von diesen sollen nicht weniger als 14 Milliarden 200 Millionen überflüssig sein. Um diese unnötigen Buchstaben zu drucken, braucht man allein Druckschwärze im Werte von 12 Millionen Franc. Für die englischen Druckschriften, die man berechnet, daß die Vergrößerung an Druckschwärze 1 1/2 Millionen Pfund Sterling im Jahre ausmacht. Der Raum, der von den überflüssigen Zeichen eingenommen wird, bedeckt eine Papiermenge von 25 Millionen Franc in Frankreich und von 4 Millionen Pfund Sterling in England.

Wäfliner-Orchester. Am ersten Weihnachtsfesttag findet im Wäfliner-Saal abends 8 Uhr ein Wäfliner-Orchesterkonzert statt und am zweiten Weihnachtsfesttag veranstaltet das Wäfliner-Orchester einen Opern-Abend. Dirigent: Camillo Nidestrand.

Heber die Gideichenhölle im Tennengebirge bricht Dillö Gatsch am 26. abends 8 Uhr, im Schubert-Saal, Wäflerstr. 104.

verwandt werden, um stellenlos gewordenen Redakteuren den Uebergang zu einem andern Beruf zu erleichtern. Mit 10 gegen 6 Stimmen wurde der Entwurf mit dem Antrag Bernhard angenommen.

Bei der Beratung weiterer Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz wurde ein Antrag Lornow einstimmig angenommen, der die Unterstützungsberechtigung auch für die offiziellen Organe der allgemeinen und fachlichen Berufsvertretungen, soweit sie nicht aus Anzeigen oder anderen Quellen ihre Selbstkosten decken, anerkennt. Die so abgeänderte Verordnung wurde gegen die Stimmen der Arbeitgeber der Forstwirtschaft angenommen.

Es ist bezeichnend, mit welchem Nachdruck gerade die Arbeitgeber der Forstwirtschaft gegen eine wirksame Hilfe für die Presse aufzutreten und jedes Opfer dafür abzulehnen, obwohl für Holz geradezu phantastische, über den Weltmarktpreis hinausgehende Bucherpreise erzielt werden. Der Egoismus dieses Teiles der Unternehmer geht hier so weit, daß man eher den Kulturfaktor Presse vernichtet als das Geringste von den Uebergewinnen des Holzwuchers zur Vinderung ihrer verzweifeltsten Notlage opfern will!

Eine deutsche Kohlenwährung?

Ein Vorschlag des „Temps“.

Der „Temps“ stellt neuerdings die Forderung auf, man sollte die Mark dadurch stabilisieren, daß man ein Kohlen-geld schaffe. Es scheint ihm dabei offenbar das Muster der badischen Kohlenanleihe vor, über die wir an anderer Stelle berichten. Er verlangt, daß eine Stabilisierungskasse gegründet werden soll, die über 70 Proz. der in Deutschland geförderten Kohlen in natura zu verfügen hätte und die auf diese Kohle Anweisungen ausgibt. Diese Anweisungen sollten an Stelle des Geldes treten. „Dank dieser höchst einfachen Einrichtung würde dann Deutschland das erste Muster einer gleichzeitig nationalen und gesunden Währung besitzen.“

Erstaunt fragt sich der Reiz, warum denn nicht Frankreich zu diesem „höchst einfachen“ Mittel der Stabilisierung des Franken greift; denn auch der Franken leidet ja unter verhältnismäßig großen Schwankungen.

Es ist selbstverständlich undenkbar, auf einer Ware, an der Deutschland Mangel leidet, deren Preis von den verschiedensten Faktoren abhängen, und die sie nicht beliebig zum Ausgleich der Zahlungsbilanz verwenden kann, wie etwa das Gold, eine Währung aufzubauen. Das so entstehende „Gold“ würde nicht einmal ausreichen, den dringendsten Zahlungsmittelbedarf zu befriedigen. Die Phantasien des „Temps“ müssen daher zurückgewiesen werden, mindestens solange nicht Frankreich, das ja über viel mehr Kohle verfügt, das Experiment vorgezogen hat.

Zwischenfall in Lausanne.

Lausanne, 21. Dezember. (M.B.) Im Unterausschuß für Minderheitenfragen wurde heute in verschiedenen Punkten Uebereinstimmung erzielt, so über die politische und bürgerliche Gleichberechtigung und die Schulen in den Minderheitsgebieten, über die Freizügigkeit der Angehörigen von Minderheiten mit Beschränkung zu Kriegzeiten für alle türkischen Staatsangehörigen. In anderen Fragen konnte jedoch noch keine Verständigung erreicht werden, vor allem nicht über die Auslegung des Begriffs Minderheiten, da die Türkei darunter die nicht mohammedanischen türkischen Staatsbürger versteht, während das alliierte Projekt keinerlei Unterscheid der Rasse und der Nationalität anerkennt will. Solange hierüber kein Einvernehmen hergestellt ist, sollen die bereits angenommenen Artikel des Minderheitenprojekts nur unter Vorbehalt der späteren Klärung des Begriffs Minderheiten gelten.

Die Sitzung endete mit einem sehr lebhaften Zwischenfall über die Frage des Auswanderungsrechtes für Angehörige der Minderheiten, das die Türkei ablehnt.

Benizelos sprach bereit sein Erstaunen darüber aus, daß die Türken, die Hunderttausende von Griechen vertrieben hätten, denselben Griechen das Recht zur freien Auswanderung nehmen wollten, worauf Riza Nuri Bei erwiderte, daß die Türken die Griechen nicht verjagt hätten, sondern daß die griechischen Heere sie gewalttätig auf ihrem Rückzuge mitgeschleppt hätten. Nach heftigen Auseinandersetzungen, in die der Präsident des Ausschusses, Montagna, vermittelnd eingegriffen versuchte, mußte die Sitzung abgebrochen werden.

Wojciechowicz' Eidesleistung.

Warschau, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Energie der neuen, inzwischen aber wegen der Staatspräsidentenwahl formell wieder zurückgetretenen Regierung hat auf die Rechte ihre Wirkung nicht verfehlt. Der neue Staatspräsident konnte ohne nationalpolitische Anpöbelung nach seiner Vereidigung den Weg zum Sarge seines Vorgängers und später zum Schloß Weibedere zurücklegen.

General a. D. Haller, der als der geistige Urheber der Ermordung des Staatspräsidenten Karutowicz bezeichnet wird, will seine Ankläger verfolgen. Jetzt wird bekannt, daß er selbst faszistische Instruktionsturse abgehalten und einen Bund demobilisierter Offiziere gegründet hat, hauptsächlich zum Schutze des polnischen Großgrundbesitzes. Daneben besteht noch ein anderer Bund zur Erledigung landwirtschaftlicher Streiks mit bewaffneter Macht.

Faschisten unter einander.

Rom, 21. Dezember. (M.B.) Ein Fascist namens Draniche unternahm in Mailand ein Bombenattentat gegen eine faszistische Versammlung. Er wollte sich dafür rächen, daß er aus der Partei ausgeschlossen worden war. 6 Personen sind schwer, 30 leicht verletzt worden.

Mussolinis Privatarmee.

Mussolini scheint der regulären Armee nicht recht zu trauen. Er stellt neben der regulären Truppe seine Miliz von 70 000 Mann. Damit will er seine Machtposition auf Jahre hinaus sichern, zumal sein innerpolitisches Programm bei den Staatsarbeitern und Angestellten auf Widerstand stößt. Zunächst sollen 40 000 bis 50 000 Eisenbahner einschließlich Beamte entlassen werden, die Pensionen will man erheblich kürzen, und der Kapitulantentag soll so „ausgestaltet“ werden, daß der Bereitschaftsdienst nicht mehr als Arbeitszeit angerechnet wird.

Weiter ist die Gewerkschaft der Eisenbahner und Postbeamten durch die Taktik der Kommunisten geschwächt und daher gegenwärtig kaum imstande, der Wöflucht Mussolinis Widerstand zu leisten. Aber da die Not auch geschwächte Organisationen stärkt, braucht Mussolini keine Anspannung.

Ueber die letzten Schandtaten der Faschisten wird noch gemeldet, daß Mussolini bei seiner Rückkehr aus London sich lebhaft über die Kundgebungen beklagt hat, die Gegner des Faschismus in seiner

Abwesenheit veranstaltet haben. Es wurden daraufhin in Florenz in den Lokalen der dortigen Republikaner Haus-suchungen vorgenommen und Schriftstücke beschlagnahmt, aus denen hervorgeht, daß ein Kriegsinvalid namens Bianchi eine Partei der roten Hemden gegründet hat. Man fand auch einen Vorrat dieser verräterischen Kleidungsstücke und eine Liste der Parteianhänger. In Mailand wurde das Versammlungshaus der Arditi (Frontkämpfertruppen) von der Polizei besetzt und eine Menge von Waffen und Munition beschlagnahmt, sowie der Sekretär des Vereins verhaftet. Aus Turin wird ergänzend gemeldet, daß die Faschisten sich mit Waffengewalt mehrerer Kommunisten bemächtigt, die sie in die Folter verschleppten und sie dort solange mißhandelten, bis sie starben. In einer Straße von Turin hat man die Leichen mehrerer Sozialisten gefunden. Im ganzen sind bisher sieben Todesopfer der Faschisten gefunden worden.

Außer der Arbeitskammer haben die Faschisten in Turin auch den neuen Sitz des kommunistischen Organs „Ordine Nuovo“ sowie mehrere kommunistische Klubs und ein Erholungsheim der Eisenbahner in Brand gesteckt. Die Hausdurchsuchungen der Faschisten bei ihren Parteigeignern dauern an. Unterstaatssekretär de Beschi bei den Faschisten von Turin telegraphisch seine Solidarität ausgedrückt haben.

Der neue Reichshaushaltsplan. Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag abend, die vom Minister Deser geleitet wurde, den Etatvoranschlag für 1923 an.

Türkischer Völkervertrag in Berlin wird auf Beschluß der Nationalversammlung in Angora der Abg. Sarchan Djefal Beg. — Das Parlament bewilligte 16 Millionen türk. Pfund zum Bau von Rüstungsbetrieben.

Wirtschaft

Die badische Kohlenanleihe.

Aus Baden wird dem Soz. Parlamentaristen geschrieben:

Unter den süddeutschen Ländern steht Baden an der Spitze an dem Ausbau seiner Wasserkräfte. Die Wasser des Oberrheins und der Bergbäche und Seen des Schwarzwaldes weisen einen Wasserreichtum auf, aus dem in einer nicht allzu fernen Zukunft jährlich etwa 3 Milliarden Kilowattstunden Kraft gewonnen werden kann. Dabei sind die Ausbaubedingungen die denkbar günstigsten. Ein großes Werk am Oberrhein oberhalb Wafels und der erste ausgebaut Teil des sogenannten Murg-Kraftwerks im nördlichen Schwarzwald versorgen bereits weite Teile des Landes mit elektrischem Strom. Im Bau befindet sich zurzeit die zweite Ausbaustufe des Murg-Werkes, die für eine jährliche Leistung von 45 000 Kilowattstunden berechnet ist. Als nächstes Werk soll der im südlichen Schwarzwald gelegene Schluchsee der Stromerzeugung dienstbar gemacht werden. Die bereits bestehenden und die auszubauenden Werke sind zusammengesetzt in dem sogenannten Badenwerk, das in Form einer Aktiengesellschaft sich im Alleinbesitz des badischen Staates befindet und vom Arbeits- und Finanzministerium gemeinsam verwaltet wird.

Die ungeheure Geldentwertung der letzten Monate hat nun auch den geplanten großzügigen Ausbau der badischen Wasserkräfte gefährdet. Bisher hat das Badenwerk seinen Geldbedarf durch Obligationen gedeckt, die es in den Jahren 1921 und 1922 mit großem Erfolg auszulagern konnte. Aber infolge des Sinkens des Wertes der in diesen Anleihen angelegten Gelder schreite die Bewältigung in jüngster Zeit banal zurück, weiterhin Geld in diesen festverzinslichen Papieren anzulegen, weil dadurch der einzelne Inhaber der Obligationen sein Vermögen einbüßte. Sollte der Ausbau der Wasserkräfte, der in der heutigen Zeit der Kohlenknappheit von allergrößter Wichtigkeit ist, nicht innerhalb absehbarer Zeit eingestellt werden, so müßte man auf einen neuen Anreiz, Geld für das staatliche Unternehmen zu geben, verfallen. Um welche Summen es sich dabei handelt, erfährt man am besten daraus, daß allein der zweite Ausbau des Murg-Werkes einschließlich der notwendigen Ueberlandleitungen nach dem heutigen Geldwert etwa 30 Milliarden Mark erfordert. Die badische Regierung hat nunmehr ein wertvolles Schuldpapier des Badenwerkes geschaffen, und der Badische Landtag hat der entsprechenden Vorlage zugestimmt. Nach reichlicher Ueberlegung hat man sowohl von dem Plane einer Auslandsanleihe wie einer innerdeutschen Goldanleihe Abstand genommen, sondern hat dem neuen Papier des Badenwerkes die Kohle als Wertmaßstab zugrunde gelegt, die Kohle, die, wie jeder weiß, im Wirtschaftsleben der Nachkriegszeit von bestimmendem Ausschlag bei der Preisbildung ist. Indem der jeweilige Kohlenpreis für das Badenwerk, das die Anleihe auflegt und für den Anleihezeichner sowohl bei der Zeichnung wie bei der Einzahlung und der Rückzahlung zugrundegelegt wird, fallen Verluste für alle Beteiligten aus. Die Kohlenpreis-Anleihe wird immer ihre etwa gleiche Kaufkraft behalten. Zeichnet z. B. jemand 1000 Tonne Kohle mit 30 000 M. — entsprechend einem Kohlenpreis von 30 000 M. pro Tonne —, so beträgt bei 5prozentiger Verzinsung der Zins den Wert von 50 Kilogramm Kohle. Steigt der Kohlenpreis von 30 000 auf 40 000 M., so steigt der Zins entsprechend mit. Ist bis zur Rückzahlung die Tonne Kohle z. B. von 30 000 auf 50 000 M. gestiegen, so erhält der Zeichner für die ursprünglich 50 000 M. entsprechend der Veränderung des Kohlenpreises 50 000 M. zurück. Fällt der Kohlenpreis, so fällt allerdings auch die rückzahlbare Summe, aber die Kaufkraft des zurückgezählten Geldes ist eine entsprechend höhere geworden. So sind die Zeichner dieser staatlichen Kohlenanleihe, ähnlich wie bei den neuen Roggenpapieren, gegen jeden Schaden aus der Geldentwertung geschützt. Dadurch erhält diese neue Art von Anleihe ihren Anreiz als wertbeständiges Papier und kann volkswirtschaftlich von großer Auswirkung sein. Denn während bei der Anleihe auf der Sparkasse die Kaufkraft des Geldes sich mit der Marktentwertung verflüchtigt, ist hier eine Möglichkeit gegeben, Geld anzulegen, wobei man vor Verlust geschützt ist.

Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes.

Die Kohlenförderung des Ruhrgebietes betrug in den Monaten:

Monat	Gravim.-Förderung	Zahl der Arbeitstage	arbeitstädtige Förderung
November 1922	8 696 214 Tonnen	24 1/2	354 483 Tonnen
Oktober 1922	8 827 126	28	339 505
November 1921	7 772 658	24 1/2	320 522
November 1918	8 682 276	28 1/2	358 281

Der im November 1922 zu verzeichnende Rückgang ist lediglich darauf zurückzuführen, daß im November 14 Arbeitstage weniger waren. Die arbeitstädtige Leistung ist gegen den Oktober 1922 um 14 978 Tonnen gestiegen. Das ist auf stärkere Beteiligung an den Ueberführungen und auf Beschäftigungszunahme zurückzuführen. Da das Ueberführungsabkommen vom 18. Dezember bis 15. Januar fortfällt, ist mit einer niedrigeren Förderung zu rechnen. Die Gesamtbeschäftigung war Ende November 561 065 Mann gegen 558 808 Ende Oktober 1922, mithin eine Zunahme um 2257 Mann. Die Beschäftigung hatte Ende November die bisher höchste Ziffer (561 158 Ende Februar 1922) ungefähr wiedererreicht.

1870fache Zölle. Für die Zeit vom 27. Dezember 1922 bis einschließlich 2. Januar 1923 beträgt das Goldzolkaufgeld 186 900 vom Hundert.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 österr. Kronen 2,62 Geld, 0,88 Brief; 1 ungarische Krone 2,90 Geld, 2,95 Brief. — 100 polnische Mark galten im freien Verkehr etwa 38,50 M.

Gewerkschaftsbewegung

Die Finanzkraft der deutschen Gewerkschaften.

Eine wichtige Auswirkung der Geld- und Preisentwicklung der letzten Jahre ist die Schwächung der Finanzkraft der Gewerkschaften, die natürlich im gewerkschaftlichen, sozialpolitischen Leben deutlich spürbar ist. Die Jahresabrechnung der großen Gewerkschaften zeigt, daß die nominelle Steigerung der Einnahmen und Vermögen in keinem Verhältnis zum Steigen der Sachausgaben und zur Geldentwertung steht, insbesondere, wenn man dabei die Steigerung der Mitgliederzahlen gegenüber der Vorkriegszeit in Anrechnung stellt. Die Mitgliederzahl des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes z. B. ist von 2,6 Millionen im Jahre 1913 auf 7,6 Millionen 1921, also etwa um das 2½fache gestiegen. Die Einnahmen betragen 1913 82,2 Millionen Goldmark, 1921 dagegen 1249,2 Millionen Papiermark. Bei gleicher Mitgliederzahl wie 1921 hätten die Einnahmen 1913 205,5 Millionen Goldmark betragen, die Einnahmen von 1921 würden also nur eine sechsfache Steigerung aufweisen. Ende 1921 betrug aber die Entwertung der deutschen Mark bereits das 50fache, die Steigerung der Großhandelspreise das 40fache, davon stellt die Steigerung der Einnahmen des ADGB ein Siebtel dar. An Vermögen verzeichnet der ADGB für 1913 88,1 Millionen, 1921 508,7 Millionen, also eine Steigerung um das 5,7fache. Die ungeheure und sprunghafte Geldentwertung und Preissteigerung des laufenden Jahres hat diese Verhältnisse noch viel ungünstiger gestaltet. Wie weit dies auf die Kampffähigkeit der Gewerkschaften bei Finanzierung großer Kämpfe zurückwirken muß, haben wir bereits in unserem Artikel: „Die Lehre von Subwingshufen“ angedeutet. Wir schreiben: „Die Geldentwertung macht es nicht nur den Arbeitern unmöglich, irgendwelche Rücklagen zu machen, sie schwächt auch die Finanzkraft der Gewerkschaften und damit die Fähigkeit, große Kämpfe von langer Dauer zu führen.“ Die „Rote Fahne“, die in ihrer skandalösen Heize gegen die Arbeiterorganisationen um alle Befähigung gekommen ist, zitiert diesen Satz, um hinterher in ihrem Kommentar zu schreiben, wir hätten behauptet, die Gewerkschaften hätten nicht mehr die Fähigkeit, große Kämpfe zu führen.“ Eine geschwächte Fähigkeit und keine Fähigkeit ist für Leute mit fünf gesunden Sinnen bei weitem nicht dasselbe.

Im übrigen haben alle Gewerkschaften die nötigen Gegenmaßnahmen ergriffen, indem sie die Beiträge einem Stundenlohn gleichsetzen, wodurch die Einnahmen sich automatisch der Geldentwertung in dem Maße anpassen, in dem die Löhne sinken. Aber diese Anpassung ist eine unvollkommene, weil die angesammelten Summen ihren Wert fortgesetzt einbüßen und weil die Löhne der Leistung im weiten Umfange folgen. Die Gewerkschaften müssen also ein besonderes Augenmerk darauf verwenden, ihre Einnahmen mehr als bisher produktiv zu verwalten. Nebenfalls haben sie die Pflicht, ihre Kämpfe mit der größten Sorgfalt vorzubereiten und nur dort ihre ganze Kraft mit voller Wucht einzusetzen, wo Lebensinteressen der Arbeiterschaft auf dem Spiele stehen.

Reichswehr und Arbeitslosigkeit.

Vom Deutschen Transportarbeiter-Verband wird uns geschrieben: Von der Firma Fritz Schrader, Berlin, Planufer 8, werden der Speditionsfirma Paul Schur, Berlin, Alte Jakobstr. 149, ständig eine Anzahl Vohngelpanne zum Abfahren von Papiertrollen gestellt. Da die Nachfrage nach Lohnfuhrwerken bei der Firma Schrader zusehends wächst, kann sie wahrscheinlich den Anforderungen für die Firma Schur nicht genügen und, anstatt solche Aufträge an andere Unternehmungen zu vergeben, läßt sie die Arbeiter von Reichswehrsoldaten ausführen. Wie bekannt geworden ist, hat sich Herr Schrader an das Reichswehrkommando gewandt und eine Anzahl Geipanne erbeten. Das betreffende Reichswehrkommando hat, ohne weitere Rückschlüsse auf eine Kollage besteht, dem Ansuchen des Herrn Schrader Rechnung getragen. Seit einigen Tagen kann man nun beobachten, daß Eisenbahnwaggons von Reichswehrsoldaten mit Fuhrwerken der Reichswehr zur Entladung kommen.

Den erwerbslosen Arbeiterkutschern und Speditionsarbeitern ist damit die Möglichkeit einer Beschäftigung genommen. In einer großen Anzahl von Fuhrbetrieben muß schon seit Wochen verläßt gearbeitet werden, so daß die dort beschäftigten Kutschern und Arbeiter mit Verdiensten von drei bis vier Tagen zufrieden sein müssen. Viele Fuhrunternehmer müssen ihre teuren Geipanne ohne genügende Beschäftigung durchdauern. In Rücksicht auf solche Zustände ist es unbedenklich, wie es möglich sein kann, daß die schon ohnehin knappe Arbeitslosigkeit noch durch das Einsetzen der Reichswehr weitere Verminderung erfährt. Aufgabe des Reichswehrministers ist es, die hier geringen Fälle zu untersuchen und sofort zu veranlassen, daß derartige Vorgänge ein Ende gemacht wird. Das Reichswehrkommando ist anzuhalten, ihre Fuhrwerke und Mannschaften, die sie der Firma Schrader zur Verfügung gestellt ist, sofort zurückzugeben.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Auf der vierten Internationalen Arbeitskonferenz (Genf 1922) wurde über die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verhandelt. Der Ausblick der diesen Gegenstand vorzubereiten hatte, empfahl der Konferenz eine Entschließung, die in etwas veränderter Form angenommen wurde. Deren wichtigsten Bestimmungen lauten:

„Die Konferenz beschließt, daß das Internationale Arbeitsamt fortzuführen hat mit seinen Arbeiten betreffend die Sammlung und internationale Einordnung von Mitteilungen über Arbeitslosigkeit, wie es früheren Beschlüssen der Internationalen Arbeitskonferenz entspricht. Insbesondere soll bei Durchführung der Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes auf die Schwankungen in der Produktion und im Verbrauch der verschiedenen Arten von Gütern Bedacht genommen werden. — Die Konferenz beschließt ferner, daß das Internationale Arbeitsamt, um im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mitanzuhelfen, beauftragt wird, in Zusammenarbeit mit der wirtschaftlichen und finanziellen Abteilung des Völkerbundes das Problem der Arbeitslosigkeit und ihrer Wiederkehr zum Gegenstand besonderer Studien zu machen, die Ergebnisse der bereits ausgeführten Erhebungen zusammenzufassen und die Maßnahmen bekannt zu machen, welche der Erhaltung der Stetigkeit der wirtschaftlichen Tätigkeiten dienen und geeignet sind, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren.“

Die Schuld an den hohen Brotpreisen.

Vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren wird uns geschrieben:

„Die hohen Löhne sind Schuld an den hohen Preisen“, sagen alle bürgerlichen Blätter. Jetzt steht auch die „Rote Fahne“ in dasselbe Horn. Bringt sie doch am Mittwoch abend die Mitteilung, daß der Brotpreis auf 310 M. durch den Magistrat erhöht sei, da ein Schlichtungsschiedspruch die Löhne der Bäckergehilfen erhöht habe. — Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Bei der Preisfestsetzung vom 4. Dezember 1922 war ein Kohlenpreis von 1175 M. je Doppelzentner angenommen worden, da der zu erwartende Preis noch nicht bekannt war, der sich dann aber auf 1545 M. stellte. Diese Kohlenpreiserhöhung macht nun pro Brot rund 6,25 M. aus, wozu noch rückwirkend für 2 Wochen 8,48 M.

POSTABONNEMENTEN

Der Vorwärts ist jetzt monatlich zu bestellen und zu bezahlen. Wer auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des Vorwärts legt und eine Unterbrechung der Zustellung vermeiden möchte, muß die Erneuerung des Postbezuges sofort bei seinem zuständigen Postamt vornehmen. Vorwärts-Verlag G.m.b.H.

kommen, so daß sich je Brot durch Kohlenpreis eine Erhöhung von 15 M. ergibt. Hierzu kommt noch eine Preiserhöhung für Salz und Streumehl. Der Arbeitslohn beträgt etwa 9 M. pro Brot, jedoch nicht nur für die Bäckergehilfen, sondern auch für die Verkäuferinnen. Auch die Umsatzsteuer, die das tägliche Brot der Kerntisten im günstigsten Falle nicht unter fünf mal im Preis erhöht, kommt noch hinzu.

Aus diesem allen dürfte sich ergeben, daß nicht der Arbeitslohn das Brot verteuert, trotzdem er allerdings mitbestimmend im Preise wirkt, sondern daß es immer noch so liegt, daß durch die hohen Preise die Löhne gesteigert werden müssen, da bei jeder Steigerung die Lebenshaltung des Arbeiters sinkt. Es ist deshalb den Zeitungen von der „Roten Fahne“ bis zum „Sozial-Anzeiger“ zu sagen, daß sie die Schuld für das teure Brot schon anderwärts suchen müssen.“

Der Streik bei der Firma Arnold Oberst.

Hierzu wird uns geschrieben: Die Arbeiterinnen dieser Firma stehen jetzt in der dritten Woche im Streik, um sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Es ist noch nicht abzusehen, wann die Firma zu Verhandlungen bereit sein dürfte. Der amtliche Schlichtungsausschuss der Bekleidungsindustrie hatte einen Termin anberaumt, um durch seine Vermittlung eine Einigung herbeizuführen. Der Vertreter der Firma, Herr Direktor Matthes, lehnte jede Verhandlung ab. Da aber der Schlichtungsausschuss trotzdem tagte, blieb auch der Firmenvertreter da. Die Vermittlungssaktion des Schlichtungsausschusses scheiterte jedoch.

Als am Mittwoch der Organisationsvertreter bei der Firma anfragte wegen einer Aussprache, erklärte sich Direktor Matthes dazu bereit. Nach einer halben Stunde erfolgte aber die Erklärung durch Telefon, daß die Aussprache nur Zweck habe, wenn die Organisation die 48stündige Arbeitszeit anerkennt. Die Einstellung der Streikenden erfolge nach Belieben der Firma, also — Rahmregelung. Ueber die Erhöhung der Löhne wolle man sprechen, aber der Abschluß eines Tarifvertrages werde abgelehnt. Das Telefongespräch endete mit der Erklärung des Herrn Direktors, der Organisationsvertreter sei ihm viel zu wenig und er verzichte auf eine Aussprache.

Was hat den Herrn so ereuert? Der Schlichtungsausschuss war erstauert über die niedrigen Löhne bzw. Akkordverdienste, die bei der Bekleidungs- und Korsettfabrik Arnold Oberst, gezahlt werden. Der Verbandvertreter wies nämlich nach, daß die tüchtigsten Arbeiterinnen, die etwa 20 Jahre im Beruf arbeiten, nur 5000 M. wöchentlich im Akkord verdienen, trotzdem die Firma noch 400 M. zugezählt hat für nicht geleistete Arbeit, so daß der tatsächliche Wochenverdienst, rund gerechnet, 4600 M. ausmacht. Den anderen Arbeiterkräften hat man 300 M. hinausgezahlt. Dies war dem Herrn natürlich außerordentlich peinlich. Das selbstherrliche Regiment möchte die Firmenleitung aufrechterhalten wissen. Darum geht der Kampf weiter. Die Erdürrung der Streikenden ist groß und geredertigt.

Der Vorsitzende des Angestelltenrates würde besser daran tun, sich nicht in die Angelegenheiten der Streikenden hineinzuwischen. Seine Äußerungen rufen leicht den Eindruck hervor, als ob er das Verhalten der Firma begünstige. Um dies zu vermeiden, würde er sich besser jeder Äußerung enthalten.

Kommunistische Achtstundentagstheorie und -praxis.

Nach den Auslassungen der kommunistischen Presse gibt es keine eifrigere Befechter des Achtstundentages wie die Kommunisten. Das stimmt schon deshalb nicht, weil Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei die Vertüfung der Arbeitszeit in langen schweren Kämpfen allmählich erkämpften haben, während die Kommunistische Partei bei ihrer Gründung den Achtstundentag bereits als gesetzliche Anordnung vordand, und um zu zeigen, daß sie radikal sei, den Sechs- und Vierstundentag forderte. Der Kommunistischen Partei ist es weniger um den Achtstundentag an und für sich zu tun, sie wertet ihn vielmehr als ein recht brauchbares Mittel für ihre Agitationszwecke. Selbstverständlich muß sie deshalb mit den Achtstundentag publizistisch verfechten. Soll aber ihr Eintreten für die Ausrechterhaltung des Achtstundentages ernst genommen werden, dann muß sie wohl oder übel auch ihre Anhänger dazu erziehen. Davon ist sie heute aber noch recht weit entfernt. Denn es ist sozusagen gerichtsamtlich, daß gerade die eifrigsten Kommunisten in den Betrieben die größten Ueberstundenschleher sind. So wird uns aus Gotha, einer Hochburg der Kommunisten, berichtet:

„Obwohl die „reformistischen“ Gewerkschaftsführer dauernd gegen das Ueberstundenwesen auftreten, kümmern sich die kommunistischen Betriebsräte darum sehr wenig; sie leisten nicht nur auf kurze Zeit Ueberstunden, sondern auf Monate hinaus. Ohne die Organisationen zu befragen, geben sie ihre Unterschriften zur Leistung von Ueberstunden. Sie arbeiten nicht bloß einzelne

Stunden, sondern 24 Stunden ohne Unterbrechung unter dem Regime hervorragender Kommunistenhäuptlinge.

Wo führt eine derartige Handlungsweise hin? Die Unternehmer haben auch schon längst erkannt, daß die kommunistischen Betriebsräte für sie keine Gefahr bilden, denn in der Praxis sind sie reformistischer wie diejenigen, die sie des Reformismus bezichtigen.“ Wir erheben diese Vorwürfe etwa nicht nur, um den Kommunisten am Zeug zu flicken, sondern vor allem um der Sache des Achtstundentags willen. Denn nichts ist schädlicher für den Achtstundentag als die elende Ueberstundenwirtschaft, die jede Solidarität untergründet und den brutalen Egoismus, die Selbstgier, triumphiert läßt.

Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Anhänger der kommunistischen Partei veranlaßt werden, ihre verwerfliche Achtstundentagstheorie mit der überheblichen Theorie in ein weniger schreiendes Mißverhältnis zu bringen. Daß die größten Schreier gegen die „Gewerkschaftsbureautratie“ nicht immer die besten Gewerkschaftsbrüder sind, das mußte ja in der kommunistischen Presse mehrfach zugegeben werden. Ohne die so verächtlich gemachte gewerkschaftliche Kleinarbeit, vorab die Erziehungsarbeit zur gewerkschaftlichen Solidarität, geht es nun einmal nicht. Selbstverständlich verwerfen wir die nicht unbedingt notwendige Ueberstundenmacherei nicht nur bei den Kommunisten, sondern bei allen, die sie betreiben.

Jahrestkongress der japanischen Gewerkschaften.

In den ersten Oktobertagen fand in Osaka der Jahrestkongress der „Nippon Kodo Sodomei“, der einflussreichsten Vereinigung japanischer Gewerkschaften statt. Es sei daran erinnert, daß die erwähnte Organisation aus der ehemaligen, 1912 gegründeten „Juai Kai“ hervorging, die hauptsächlich Unterstützung- und Bildungszwecke verfolgte. Ihre Umwandlung in eine den Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung entsprechende Kampforganisation vollzog sich erst in den letzten Jahren. Auf dem Kongress von 1921 wurde diese Umwandlung auch äußerlich vollzogen, indem die „Juai Kai“ den Namen „Nippon Kodo Sodomei“ (Japanischer Gewerkschaftsbund) erhielt.

Dem Kongress wohnten Delegierte von 43 Gewerkschaften bei. Die „Nippon Kodo Sodomei“ sprach sich einmütig gegen die letzte Internationale Arbeitskonferenz und ihre Anerkennung aus. Der Japanische Gewerkschaftsbund hat keine Auffassung in dieser Sache noch vor Abhaltung des Kongresses in einem Manifest niedergelegt, in dem u. a. gesagt wird: „Die japanischen Delegierten auf der Internationalen Arbeitskonferenz waren von Beginn an keine Arbeitervertreter, und ihre Abwendung erfolgte nicht durch die Arbeiterorganisationen, sondern durch Gruppen von Arbeitern, und vollzog sich unter dem Druck der herrschenden Klassen.“

Der Kongress formulierte eine Reihe von Arbeiterforderungen. Es wurden Resolutionen angenommen betreffend den Achtstundentag im allgemeinen und den Sechstundentag für die Arbeit in Werken. Der Kongress sprach sich ferner für die Festlegung von Minimallöhnen und die Abschaffung der Nachtarbeit aus; die Polizeiordnung wurde als Gefahr für den Bestand der Arbeiterorganisationen — der wirtschaftlichen wie politischen — bezeichnet und ihre Abschaffung gefordert.

Als weitere Forderungen stellte der Kongress die unbedingte und sofortige Räumung Sibiriens durch die japanischen Truppen und die Anerkennung Sowjetrusslands. Die Entschliessung über die Ratifizierung bestimmte eine Forderung mit allgemeiner Arbeitsruhe, soweit eine solche durchführbar ist. Es verdient vermerkt zu werden, daß der Kongress sich gegen jede Agitation für das allgemeine Wahlrecht aussprach. Der Kongress bekräftigt seinen Willen zur Fortsetzung der Aktion zugunsten der gewerkschaftlichen Einheit in Japan und verurteilt alle Bestrebungen, die sich gegen das Prinzip der Zentralisation richten.

Bei Beurteilung der Beschlüsse des japanischen Gewerkschaftsbundes muß man notwendig mit den speziellen Verhältnissen des Landes Rechnung halten. Die moderne Arbeiterbewegung ist in Japan in ihrem Anfangsstadium; was noch kommt, daß Japan ziemlich isoliert ist von den großen Freiheitskämpfern der Arbeiterschaft, die die Industrieländer des Westens erschüttern. Indes sind auch in Japan in dieser Richtung unübertreffbare Fortschritte zu verzeichnen.

Die neuen Gehaltsstufen der kaufmännischen Angestellten im Berliner Einzelhandel sind gedruckt erschienen und im Verbandsbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Strasse 7/10, erhältlich.

Die Mitbestimmung der Eisenbahner. Eine Verfassung der Deutscher Eisenbahnervereine bezieht sich die Zuständigkeiten der Regierung und die Arbeiter und Beamten der Staatsbetriebe als durchaus ungenügend und nahm eine Entschliessung an, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Eisenbahner die Zuständigkeiten als hoch betrachten und nicht gemillt sind, sich diese Privilegien gefallen zu lassen. Vom Vorstand wird Anwendung der letzten Kampfmittel gefordert. Mit den Forderungen der Berliner Eisenbahner erklärte sich die Verfassung solidarisch.

Schüler-, Lehrer- und Elternvereine. Den Kollegen der Lehrervereine wurde zur Mitteilung, daß die beiden Weltwirtschaftskrisen sowie der Reichstagswahl nach dem tatsächlichen Verlaufe beachtet werden müssen. Aussehen infolge Invenitur wird ebenfalls beachtet. Am Mittwoch, den 27. d. M., ist das Bureau geschlossen. Die Ortserhaltung.

Aus der Partei.

Jeder dieser Mann sozialdemokratisches Parteimitglied — dieses stolze Ergebnis treuer Parteiarbeit können unsere Wiener Genossen aufweisen. Vom 1. Juli 1921 bis zum 30. Juni 1922 stieg die Zahl der männlichen Parteimitglieder von 139 742 auf 151 491 (von 603 000 Wienern über 20 Jahre) und die der weiblichen von 48 637 auf 53 207; das sind 68,9 Proz. der Männer- und 23 Proz. der Frauenstimmen, die die Partei im Oktober 1920 bei der Nationalratswahl erhalten hatte. Die Zahl der Vertrauenspersonen war 8784. In würdigem Verhältnis zu dieser Stärke der Partei steht die der Jugendorganisation, der Sport-, Kinderfreunde- und Konsumentenorganisationen.

Zum Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie ist von unserem Parteivorstand Genosse Adolf Braun, von unserer dänischen Bruderpartei Genossin Nina Bang entsandt.

Verantwortlich für den Inhalt: Leitender Schriftführer: Genosse Adolf Braun, Berlin. Druck: 24. Gledes, Berlin. Verlag: Bornheim-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornheim-Berlin u. Bornheim-Berlin G. m. b. H., Berlin. Einband: 2. Dienst 1. Klasse.

IWO PUHONNY



BATSCHARI bringt handgemachte **CIGARETTEN** in höchster Vollendung.

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Gehpelze, Sportpelze, Schlüpfier
Cutaways, Jacket-Anzüge, Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, Gardinen, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfische, Zobelische, Blau-, Silberfische, Skunks, Wölfe, Luchse, Pelzmäntel. — Keine Lombardwaren.

Eine aufgeflogene Stadtverordneten-sitzung.

Beschlußfassung über die Schulgeldstaffelung.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung, der letzten des zu Ende gehenden Jahres, herrschte von Anfang an eine Gemütsstimmung, schon bei den Verhandlungen über die Schulgeldstaffelung, zu der unser Genosse Kreuziger die Forderungen der Sozialdemokratischen Fraktion vortrug, ging es sehr unruhig zu. Mit Mühe konnte überhaupt eine Stafflung durchgedrückt werden, leider nur mit den von den Bürgerlichen hineingebrachten erschwerenden und verschlechternden Bedingungen. Die Kommunisten schienen es darauf abgesehen zu haben, die Sitzung nicht ohne Krach vorübergehen zu lassen. Ein zu Beginn der Sitzung ernannter und auch sofort zusammengetretener Ausschuss zur Vorbereitung ihres Antrages wegen der Ernährungs-schwierigkeiten war ergebnislos auseinandergegangen, weil die Kommunisten auf Hinzuziehung ihrer Kontrollausschüsse bestanden. Bei dem Verlust, namentlich in der Stadtverordnetensammlung diese Aktion fortzusetzen, kam es zu einem lebhaften Aufruhr zwischen dem angeblich „zur Geschäftsordnung“ redenden Kommunisten Schumacher und dem Vorsteherstellvertreter Fabian. In dem ausbrechenden Tumult wühlte Herr Fabian sich nicht anders als dadurch zu helfen, daß er die Sitzung schloß. So hatten wieder einmal die Kommunisten die Beratung ihres eigenen Antrages sabotiert.

Der Beginn der auf pünktlich 5 Uhr einberufenen ordentlichen Sitzung verzögerte sich bis 3/4 Uhr; seit 4 Uhr tappte die sozialdemokratische Fraktion. Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten verlangte ansehnlich der großen Rolle namentlich der Sozialrentner und der Erwerbslosen sofortige Maßnahmen des Magistrats, um diesen Kartoffeln, Milch und Kohlen zu ermäßigten Preisen zuzuwenden, sowie die Schulspesen ohne jede Einschränkung durchzuführen. Da der Antrag bei der Rechten auf Widerspruch stieß, forderten die Kommunisten, daß ihr Dringlichkeitsantrag vom 20. November betr. die

soll dergestalt, daß bei einem Einkommen unter 20 000 Mark der Schulbesuch für alle Kinder unentgeltlich ist, während bei einem Einkommen von 20 000 bis 40 000 M. für das erste Kind 1/4, für das zweite 1/4, für das dritte 1/4 des Schulgeldes zu zahlen sind, bei 40 000 bis 60 000 M. für das erste Kind voll, für das zweite 1/2, für das dritte 1/2 gezahlt werden soll; in der vierten Staffel von 60 000 bis 80 000 M. sollen die ersten beiden Kinder voll, die nächsten drei aber 1/4, 1/4, 1/4 zahlen. Ueber 80 000 M. Einkommen soll das Schulgeld in voller Höhe getragen werden. Das Ausländer-schulgeld an Volksschulen soll 3000 M. betragen. Die Festlegung der Schulgebühren soll immer nur auf die Dauer eines Vierteljahres, vorbehaltlich weiterer Erhöhung nach Ablauf dieser Frist erfolgen. Der Ausschuss hat die neue Stafflung abgelehnt und auf den früheren Vorschlag des Stadts. Dr. Tropste (D. Bp.) zurückgegriffen, auch das Schulgeld von 4000 auf 3000 M. herabgesetzt. Gen. Kreuziger sprach sich gegen die rückständigen und unsozialen Ausschussvorschläge

und für die Vorlage aus, auch für das Jugendstudium der 4000 M., sofern eine wirklich den sozialen Gesichtspunkten gerecht werdende Stafflung beschlossen würde. In dieser Hinsicht treffe die Vorlage das Richtige. In der zweiten Staffel solle man aber die dritten Kinder frei lassen und in einer Einschließung den Magistrat ersuchen, in Grenzfällen besonders Entgegenkommen walten zu lassen. Die Heranziehung der Ausländer mit 3000 M. Volksschulgeld sei eine nicht zu billige Härte; es sei doch nur im deutschen Interesse gelegen, diese Kinder mit deutscher Kultur vertraut zu machen. Mit besonderer Schärfe zog Merz (Dem.) gegen die Magistratsstaffel zu Felde, und fand dabei die verständnisvollste Zustimmung des Deutschnationalen Herzig, während Dörr (Komm.) der Vorlage als dem kleineren Uebel den Vorzug gab. — Nachdem noch Galle (J.) und Richard Runge gesprochen hatten, wobei letzterer den Magistrat aufforderte, eine Statistik der „neuen Reichen“ zu veranstalten, wurde in der Abstimmung der Antrag der Sozialdemokraten, betr. das Ausländer-schulgeld, abgelehnt. Für die 4000 M. stimmte, da die Rechte die von den Sozialdemokraten gewollte Verportung dieses Sozies mit der Magistratsstaffelung nicht zuließ, sondern getrennte Abstimmung verlangte, niemand; der ermäßigte Satz von 3000 M. wurde dann mit großer Mehrheit genehmigt. Die von den Sozialdemokraten beantragte Einschließung fiel mit Stimmengleichheit (93 gegen 93). Mit einer von Galle (J.) beantragten Ergänzung kam dann die Vorlage im ganzen zur Annahme. Die vorher ausgelegte Abstimmung über die von der Ausschussmehrheit empfohlene Bewilligung der 150 000 M. für die Volkshochschule erob. da auch die Demokraten dagegen stimmten, die Ablehnung mit 94 gegen 92 Stimmen. Nach diesen Abstimmungen war der Sitzung ein unvorhergesehenes vorzeitiges Ende

ein unvorhergesehenes vorzeitiges Ende

beschieden. Schumacher verlangte zur Geschäftsordnung, daß namentlich in die Beratung des kommunistischen Antrags betreffend die Ernährungsnotsituation einbezogen würde. Der eingeleitete Ausschuss habe zwar getagt, aber nicht zugelassen, daß die Vorschläge der kommunistischen Fraktion unter entscheidender Mitwirkung proletarischer Kontrollorgane durchgesprochen wurden. Die Ausschussmehrheit sei nicht bereit, den kommunistischen Anträgen genügende Beachtung zu schenken, die Notlage der arbeitenden Bevölkerung sei ihr gleichgültig. Die Kommunisten seien nicht geneigt, diese Proklamation stillschweigend hinzunehmen und so werde er jetzt den Antrag Schwenk-Dörr begründen.

Vorsteher-Stellvertreter Fabian: Der Ausschuss ist zusammengetreten und hat sich konstituiert. Als Sachverständige brauchen stehende Personen hinzuziehen, wie die Kommunisten beantragten, hat er abgelehnt. Die Herren sind trotzdem heringekommen und haben reich gültigen Jurekens des Vorstehenden das Lokal nicht verlassen. Darauf hat der Vorstehende die Sitzung geschlossen. Nicht die Ausschussmehrheit hat die Verhandlung gestört, sondern Herr Schumacher, der diese Beute hereinbrachte.

Nach weiterem Wortgefecht zwischen dem Stadtverordnetenvorsteher und dem Stadtverordneten Schumacher wurde die Sitzung unter unbeschreiblichem Tumult gegen 8 Uhr geschlossen.

Sicherstellung der Ernährung der Berliner Bevölkerung

einem Ausschuss überwiesen würde, der während der Sitzung über den Antrag beraten solle. Dieser Antrag erlangte schließlich eine Mehrheit. Die von Koch (Dnat.) angeführte Debatte gab Herrn Richard Runge Gelegenheit, sich mit seinem „bisher immer abgelehnten“ Vorschlag, das alle eheliche Arbeit ausübende Kapital gehörig zur Deckung heranzuziehen, wieder einmal in empfehlende Erinnerung zu bringen. Eine Magistratsvorlage zur Aushebung des Gemeindefiskus von 1840 über die Gewährung eines Geldschenkens von 5 Talern zum 50-jährigen Gesele-n-jubiläum wurde angenommen, nachdem ein Antrag der Deutschnationalen, dieses Geschenk beizubehalten und fortan 5000 M. zu gewähren, mit 90 gegen 88 Stimmen gefallen war.

Die Abänderung der Beherbergungssteuer wurde im wesentlichen nach den Ausschussvorschlügen angenommen. Die erste Steuerstaffel wurde gemäß einem Antrage der Sozialdemokraten umgestaltet.

Beihilfe von 150 000 M. an die Volkshochschule Groß-Berlin

für 1922 und wegen Entsendung von weiteren 6 Stadtverordneten in die Mitgliederversammlung der Volkshochschule erstattete den Ausschussbericht Gen. Dr. Bohmann. In der Aussprache verlangte Merz, daß mit diesem Maße gemessen werde, wenn es sich um die Aufrechterhaltung der Bildungs- und Kunststätten handle, und fragte, warum für das Bildhner-Orchester nichts ansehe. Die Sprecher der Rechten plädierten für Ablehnung. Die Abstimmung wurde ausgefällt.

Erhöhung und Stafflung der Schulgebühren

für die Schüler der städtischen höheren Lehranstalten und Mittelschulen.

Die neue Vorlage des Magistrats vom 5. Dezember geht dahin, ab Reichs 1923 das Schulgeld für die Volksschulen auf 4000, für die Realschulen und Mädchenschulen auf 2400 M. zu erhöhen. (Auswärtige 20 Proz. Zuschlag.) Gestaffelt werden

Zeitungspreise im neuen Jahre.

Die Zeitungen sind leider nicht in der Lage, ihren Lesern eine angenehme Neujahrsüberrückung bereiten zu können. Im Laufe des Dezember hat die Teuerung abermals rapide Fortschritte gemacht, die sich bei der Festlegung der Zeitungspreise für Januar bemerkbar machen müssen. Zu Anfang des laufenden Monats fand jeder „Vorwärts“-Leser den monatlichen Abonnementspreis von 750 M. abenteuerlich hoch, aber — fast jeder zahlte ihn dennoch; der Abgang von Abonnenten blieb überraschend gering und wurde im Laufe des Monats zum Teil wieder wettgemacht.

Was noch vor drei Wochen groß war, erscheint aber jetzt schon wieder klein, und „die gute alte Zeit“, in der der „Vorwärts“ nur 750 M. kostete, liegt leider schon wieder weit hinter uns. Alle Verlage sind jetzt mit der Berechnung des neuen Abonnementspreises beschäftigt, und jetzt schon kann gesagt werden, daß der Preis für ein zweimal erscheinendes Blatt im Januar an 2000 — zweitausend! — Mark nahe heran kommen wird. Die genaue Zahl, die der Verlag natürlich so niedrig wie möglich zu halten bemüht ist, werden wir noch rechtzeitig mitteilen.

Trotzdem sind wir überzeugt, daß unsere Leser auch diesmal das Zeitungsabonnement als lebensnotwendige Ausgabe in ihren Etat einkalkulieren werden. Und wer weiß, ob nicht auch diese Ausgabe noch vor Ablauf des Jahres als niedrig erscheinen wird! Der Januar muß ja — bei gemäßigter erhöhten Brotpreisen — auch wieder neue Lohn- und Gehaltszulagen bringen. Wenn wir unsere Leser auffordern, ihrem Blatt und damit der Sache, die es vertritt, treu zu bleiben, so ist das wahrhaftig keine Aufforderung zum „Leichtsinne“. Niemand weiß heute, wie es weiter kommt und was er in vierzehn Tagen brauchen wird; das Notwendige muß aber doch herangefascht werden, und zu diesem Notwendigen gehört eben auch der alte Hausgenosse und Mitkämpfer: der „Vorwärts“!

Der Frauenmord in der Wrangelstraße.

Noch keine weitere Aufklärung.

Das Kapitalverbrechen in der Wrangelstraße ist noch nicht weiter aufgeklärt. Die Mutter der Ermordeten Frau Hertel kehrte, wie erwartet, mit ihrer kleinen Enkelin aus Ostpreußen zurück und wurde gleich auf dem Bahnhof von Kriminalbeamten empfangen. Hier spielte sich, als die Frau von dem gewaltsamen Tode ihrer Tochter erfuhr, eine herzerregende Szene ab. Die Mutter kann nur bestätigen, daß ihre Tochter ein einwandfreies Leben geführt hat. Wegen Erkrankung konnte sie seit 14 Tagen nicht mehr arbeiten.

Der Mörder ist von mehreren Personen gesehen worden. Er fiel namentlich durch seine großen Füße und die Innenstellung und das Nachschleppen des rechten Fußes auf. Wie er in die Wohnung der Ermordeten gekommen ist, ließ sich nicht feststellen. Es ist möglich, daß Frau Hertel ihren Mörder für einen Mann hielt, den ihr Flurnachbar Reichert erwartete, und ihn deshalb ahnungslos einließ. Geraubt hat der Mörder Kleidungsstücke und zwei Decken. Dazu kommen außer dem Raub noch ein Paar alte Gummizugstiefel, ein schwarzer etwas ins Grünliche schimmernder Winterpellet mit verdeckter Reiß- und schwarzem gut erhaltenen Samitragen, ein grauschwarzer einreihiger und einsarbiger Sommerüberzieher mit verdeckter Reiß- und zwei Bundschlüssel. Der Mörder wird wahrscheinlich die geraubte Kleidung anziehen. Auf seine Ergreifung ist für zweckdienliche Mitteilungen aus dem Publikum eine Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt. Besonders wichtig sind Angaben darüber, wann und wo in der letzten Zeit Frau Hertel mit einem Manne zusammen gesehen worden ist und über die Person des beschriebenen Mörders. Alle Angaben, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt der Mordbereitschaftsdienst, die Kriminalkommissare Legitimer und Dr. Koch, im Zimmer 89A des Polizeipräsidiums, Hausanruf 435 und 521, entgegen.

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Viki Baum.

Fauler Tage kommen, heiße; da gehe ich bergab zum Bach, habe, sitze dann lang am Ufer und höre zu; eine Ringelnatter fährt schlank über grüne Steine; es sprüht über Brombeeren und wilde Hopfenranken; im stilleren, tiefgrünen Wasser stehen reglos die Forellen mit ihren silbernen Flanken. Ich sehe zwei Libellen zu — und darüber vergeht ein Tag.

Ein Tag vergeht damit, eine Stadt aus Wolken zu bauen; sie wandern, wandern daher, türmen sich auf, Linien, Fahnen und wehende Standarten; am Nachmittag wird die Stadt grau, wie aus Schiefer; dann kommt ein Gewitter, brennt, brüllt, prasselt die Wolkenstadt nieder. Wunderbarer erster Atemzug im gebadeten Wald, während am fernsten Horizont ein Regenbogen steht!

Sommernächte gibt es, da wird es gar nicht dunkel, kein Tier schläft, und der Mensch kommt aus seiner Hütte und schaut in den Flimmer der Milchstraße. Sterne, liebe Sterne, schickt eine Frau den kleinen Weg zu mir herauf, eine schöne Frau mit lebendigen, runden Wangen; ein Weib in dem Kleid, das wie eine blaue Flamme ist. . . .

Erdbeerdust läuft mit den Windwellen von der Lichtung her durch die Nacht; die Haut blüht; es ist, als würde jede Pore sich öffnen wie eine Aolpe; das Herz klopft dunkel in der Brust. Horchen. Warten. Sehnsucht.

Schön ist eine Sommernacht voll Sehnsucht, Linde. Isabell. . . .

Ein Igel kommt breitbeinig angelatscht auf seinen dummen Plattfüßen; er ist auf Liebesabenteuer aus die ganze Nacht. Inzwischen kriecht er, maßlos, bedachtsam, verzehrt schmatzend und ungeschuldig, was ihm vor das Rüsselchen kommt, Totes und Lebendes. Surrende Kugeln, Matläser schleichen zielbewußt durch die Luft, tief im Sommer; Frösche reden die ganze Nacht; der ganze Wald ist auf Abenteuer aus, liebt, kämpft, tötet die ganze Nacht. Wie ungeschuldig ist Gottes Kreatur! Wie schuldig hat man uns Menschen gemacht, Linde!

Es gab eine Zeit, da schrien alle Stimmen um mich; Mörder. Der Käfer, den ich zertrat, schrie es. Mein Leben schrie es mir in jeder Stunde: Mörder. Das ist nun lange vorbei. Mein mit mir habe ich das ewige Ruß jedes Wesens begriffen.

An einem Mittag, mitten im Sommer, wirst mein Horn das erste goldene Blatt herab. Die jungen Eichhörnchen sind

ausgewachsen, sie necken mich und werfen junge, grüne Feindzypressen herab. Die Preiselbeeren reifen; bald blüht das Heidekraut auf der Erdbedeckung. Eine winzige Spinne segelt auf langem Faden in den Himmel hinein. Der Herbst geht in einer Sturmnacht durch den Wald; ich sah ihn wohl, ein alter Mann in hundertjährigem Mantel; er bricht Zweige und lechzte Blumen. Die Ebereschen stehen ohne Blätter, und ihre glühroten Dolben warten auf den ersten Frost. Der Hirsch schreit nachts. Und wieder an einem Morgen ist die Welt aus Glas. In den nackten Zweigen kleben schwarze Klumpen; Krähen, die einen Familienzwist austragen, daß der ganze Klosterberg es hört.

Wenn du den Weg zu mir herauskommst, Linde, dann siehst du den blauen Rauch vom Kartoffelfeuer und abends den Klenschein aus meiner Hütte.

Auch die graue Waldmaus erwartet dich, die meine Wintergenossin ist, mit ihren klugen Augen und dem empfindsamen Schwanzspitzen. Kennst du mich noch, Linde? Kennst du den einfüßigen Menschen, der in der Einsamkeit Gottes Atem vernommen hat?

Ueber weiße Schneetage hin rundet sich das Jahr. Jeder Zweig ist allein im Wald, jeder hat seine eigene Gestalt, nun die Blätterkleider gefallen sind und weißes Kristall sie überwächst. Jeder Zweigspitzen liegt blau und zierlich für sich allein im Schnee. Schon sind klein und zart die Reimnoten hingeziehet von einem meisterhaften Maler. Die Welt ist schweigend geworden, ganz in sich versunken, wie eine gelegene Frau. Die Tiere schlafen; ich schließe meine Hütte und schlafe im Laubbett wie sie. Meine Träume sind gut; ich träume wie ein Tier, einfache Dinge: Sonne, Warmsein, Sattsein. Auch eine Frau träume ich und ein Kind. Viele Kinder, die der Frau gleichen und meine Stirne haben und die stark und ungeschuldig sind. Aber an einem Tag, noch tief im Winter, riecht die Luft nach Weizen. Das ist es noch nicht, nein. Aber wieder an einem Tag tropft es auf mein Schilddach, die Bäume lösen sich, sie werfen das Weiße ab und stehen nackt da, ohne zu frieren. Laßt sehen, ihr Bäume! Sie wiegen sich; die Luft bewegt sich nicht, doch die Bäume wiegen sich; es treibt Saft in ihnen aufwärts. Uebermorgen werden die Zweigspitzen ledrig glänzen. In einer Woche blüht die erste Anemone zwischen verfallendem Laub vom Vorjahr. Der Bach trobt über seine Steine, viele Tage lang, verrückt vor Freiheit. Wenn er stiller geworden ist, hörst du den ersten Vogel singen. Die Saat auf meinem Acker grünt. Ich sitze abends lang vor meiner Hütte mit zufriedenen Händen. Frieden, Frieden über aller Welt.

Dies ist der Wald. Dies ist die Einsamkeit. Nun aber die Menschen vom Klosterberg!

Es knackt durchs Unterholz; es kommt ein knotiger Stock voraus gewandert und hinterher ein Mensch, der etwas gebückt geht, mit zu langen Armen, ein Wurzelwesen mit sehr hellen Augen tief im Kopf. Er wirft seinen Schatten auf meinen kleinen Acker und bleibt stehen.

„Gefegnete Arbeit, Bruder Anselm!“

„Danke dir, Bruder Namenlos! Ich sah dich lange nicht. Wie lebst du?“

„Gut lebe ich. Ich lebe gut, Bruder.“

„Woher die Wanderschaft?“

„Hinauf zum Kloster. Mein Feuer ist ausgegangen beim großen Nachregen. Der Schwarze muß mir neues Feuer geben.“

Der Schwarze ist unser aller Freund am Klosterberg. Es ist ein Riese, der am Gipfel haust in dem alten Klosterbau. Egidius hat ihn zum Bogt über uns gesetzt; er ist gut, stark und streng, denn er hat im früheren Leben schwere Schuld getan.

„Nimm dir einen Span von meinem Feuer, Bruder Namenlos, und raste bei mir.“

„Ein hübsches Dach hast du dir gebaut in den letzten zwei Jahren“, sagt er und bewundert mein Werk. Ich werde warm vor Stolz. Ich prahle ein wenig. Namenlos schaut mich mit seinen beruhigten hellen Augen an und fragt leise: „Hast du das Bergwerk vergessen?“

„Ich weiß nicht, von welchem Bergwerk du sprichst, Bruder. Ich habe vieles vergessen aus meinem Leben.“

„Auch ich“, sagt Namenlos; dann schweigen wir ein wenig in den Wald hinein.

Namenlos läßt seine Augen wandern und fragt mich: „Glaubst du vielleicht, daß ich Vogel mit Ruten fange und brate?“

„Nein, das glaube ich nicht.“

„Oder glaubst du vielleicht, daß ich Vogeleier ausnehme und esse?“

„Nein, auch dies glaube ich nicht.“ Namenlos legt zufriedene Hände um seinen Knotenstock und schüttelt den Kopf; „ich tue es nicht, Bruder“, sagt er. Dann beginnt er zu lachen und das sieht wunderbar aus in seinem entwöhnten Gesicht. „Glaubst du, daß man einen jungen Fuchs im Schnee finden kann und ihn pflegen und zähmen, bis er treu ist wie ein Hund?“ fragt er.

(Fortsetzung folgt.)

Der Topf der Not.

Im Eplanade ist Fünfuhrteel Auf silbernen Platten, von kolancierenden Kestherhänden getragen, schwirren die Wokta- und Teeflännchen durch die Luft; auf seinen Vorzellanen lächeln herablassend und vornehm wie die Snobs und Modeweiber, die bei einem Visor von Ruf ihr gepflegte Fingerringe bediegen, Törtchen und Torten; wie ein Monokelblid, überlegen und selbstbewußt, funkeln die silbernen Ruchengabeln in das Flirren der Lampen und Rämpchen. Im Eplanade ist Fünfuhrteel und die Tausende fliegen elegant auf die Höhe; und die Snobs lächeln bezahlenderweise gleichgültig dazu und klopfen nachlässig die Nase von ihrer 50-Mark-Zigarette auf die echten Perlepippe. Sie haben es ja, und was sollen sie sonst damit anfangen, mit diesen Fehen, auf denen "1000 Mark" steht! Was geht sie die Welt an, die draußen stöhnt! Wie unzufrieden für sie; an den armen Leuten klebt ja modriger, muffiger Geruch, wie nach Schweiß, alten Kleidern, Krameluteltliche.

Draußen, am Potsdamer Platz, steht ein Dreieckel; in der Mitte hängt ein Topf, so ein richtiger Emailletopf, mit einem Drahtgeflecht über der Öffnung; im Geflecht ein langer Schiß, so wie in Sparbüchsen und Sammelkästen; unten ein Schild: „Haltet den Topf am Kochen!“ „Gebt für die Kermsten Berlins; spendet für ihr Weihnachten!“ Ueber allem die Fahne der Heilsarmee; daneben ein Heilsarmeeoldat, den Hallelujahsicht in den himmlisch-wasserblauen Augen; das Hallelujahsicht um den blauen und schmalen Mund.

Auch im Adlon ist Fünfuhrteel! Auch im Bristol! Und im Kaiserhof, nicht zu vergessen! Und dann im Westen, wo sie sogar zum Tee tanzen und lächernd Trotz in das Geigengewimmel hinein-schauen! Ueberall dieselbe Mischung; die Herren wie aus den Illustrationen der „Damen“ entfliegen, die Damen wie Indianerweibchen in phantastischen Fellen und Molassins und bunten Federn und glühendem Landl! Ueberall girrende Musik und das Bachen in der Luft: „Was kostet die Welt!“; ringsum die gedachte Brust-tastat: „Was können wir dafür, daß es den anderen schlecht geht!“, die Philosophie: „Wie kann man bei Kuchen und Konfekt ver-hungern?!“ Die dummen Kerne! Dann sollen sie doch Kuchen essen, wenn sie kein Brot haben!

Und überall die Dreieckel: „Haltet den Topf am Kochen!“ Jetzt fahren die Fünfuhrteel-Helden und -Heldinnen in ihren Autos durch die Straßen; aber kein Auto hält, keiner steigt aus, um den Topf mit einem Tausender loschendheit zu feuern! Wie käme man auch dazu! Man fände das banal und überpannt; und außerdem: es sind ja so viele, die mit Schreien und Scheinchen den Topf im Kochen halten; alle die Fuhgänger, die sich kein Auto leisten können, alle die Einfachen, die noch nie einen Fünfuhrteel erlebt haben, alle die Armen, die für die Kermsten das Feuer unter dem Topf schüren! Ueberall schreit das Schiß: „Haltet den Topf am Kochen!“ So soll es sein! Haltet ihn am Kochen: den Topf, in dem die Erkenntnis brodelt für euch Erniedrigte und Bedrängte, die Erkenntnis, daß euch niemand anders hilft als ihr selbst, kein Stöhnen und kein Halleluja, nur: ihr selbst!

Um die Markthallenstandmiete. Die Standinhaber drohen mit Streit.

In den Markthallen stoßen die sich wiederholenden Erhöhungen der Standmieten bei den Händlern auf wachsenden Widerstand. Schon vor mehreren Wochen veranstalteten die Händler am Rathaus eine Demonstration, bei der sie die Standmietensteigerungen als übermäßig hoch hinstellten. Gegen die neueste Steigerung drohen jetzt die Obst- und Gemüsehändler mit Streit zum 1. Januar, wenn nicht bis dahin ihrem Verlangen nach Mietermäßigung entsprochen wird.

Hierzu erfahren wir an zuständiger Stelle, daß die durch an-dauernde Wehrung der Markthallenunkosten not-wendig gewordenen Standmietensteigerungen, die zur Deckung des für 1. April bis Dezember schon 35 Millionen Mark betragenden Defizits noch nicht mal ausreichen, hinter der Geldentwertung und der allgemeinen Preisstei-gerung weit zurückbleiben.

Stadtrat Busch als Vorsitzender des Markthallenausschusses und Markthallendirektor Morawski teilen uns mit, daß vom 1. August 1914 bis zum 1. Dezember 1922 die Mieten je Quadratmeter und Tag gestiegen sind, bei den Ständen für Fleisch, Wild, Geflügel von 45 Pf. auf 40 M., für Süßwasserfische von 35 Pf. auf 30 M., für Seefische von 25 Pf. auf 26 M., für Obst, Gemüse, Eier von 25 Pf. auf 26 M. Stände für Butter, Fett, Käse sind aus der damals billigsten Gruppe in die teuerste gerückt, so daß hier die Miete von 25 Pf. auf 40 M. gestiegen ist. Vom 1. Januar ab sollen die Dezemberlöhne weiter um 100 Proz. erhöht werden, wozu in den Zentralmarkthallen noch ein Sonderzuschlag von 30 Proz. (aber nicht für Stände der Gemüseproduzenten) kommt, der durch ihre den Händlern günstige Lage und durch Ersparung bedeutender Trans-portkosten reiflich aufgewogen wird. Vom 1. August 1914 bis 1. Januar 1923 steigt demnach die Miete je Quadratmeter und Tag z. B. bei Obst und Gemüse von 25 Pf. auf 52 M., d. h. auf das 208fache (in den Zentralhallen auf etwa 60 M., das 272fache), bei Fleisch usw. von 45 Pf. auf 80 M., d. h. auf das 179fache (in den Zentralhallen 104 M., das 231fache). Demgegenüber sind gestiegen — wie jede Hausfrau weiß, weil sie es täglich an ihrem Geldbeutel spürt — die Preise z. B. für Gemüse auf das 400fache, 500fache und mehr, für Fleisch auf das 600—1000fache, für Butter und Eier auf das 1200fache, für Schmalz auf das 4000-fache und mehr. Wären die Standmieten den allgemeinen Teue-rungsverhältnissen regelmäßig angepaßt worden, so hätten sie, wie uns an zuständiger Stelle gesagt wird, schon viel früher die heutige Höhe erreicht — und heute ständen sie auf einer noch viel bedeutenderen Höhe. Eine raschere Anpassung der Standmieten wäre nötig gewesen zur Deckung aller Ausgabenverordnungen des Markthallen-betriebes, deren gewaltige Wehrung sich nicht nur aus der allge-meinen Preissteigerung, sondern auch daraus erklärt, daß der

Krieg den Aufschub der Reparaturen erzwang und diese nach dem Kriege mit ungeheuren Kosten nachgeholt werden müssen.

Gegenüber den jetzt sehr bedeutenden Umsatzbeträgen der meisten Markthallenhändler sollen die Standmietensteigerungen bei weitem nicht so ins Gewicht wie die hohen Eisenbahnfrachten. Eine dringliche Eingabe des Magistrats hat den Reichsverkehrs-minister auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Frachten der wich-tigsten Nahrungsmittel wirksamer zu ermäßigen, damit wenigstens bei den Rationierungsmitteln die Preise nicht eine unerträgliche Höhe erreichen.

Dem gegen die Standmietensteigerung angekündigten Händler-streit darf, wenn es überhaupt dazu kommen sollte, mit geringerer Sorge entgegengesehen werden. Er könnte für einige Zeit die Zu-fuhr hauptsächlich von Kohl und Kohlrüben vermindern, aber da wäre Ersatz durch andere Nahrungsmittel möglich. Freuen würden sich über eine Betriebseinstellung der Markthallen-standinhaber wahrscheinlich — die Inhaber von Baden-geschäften.

Urgroßmutter als Verteidiger. Vater kann Weihnachten feiern.

Den herzbewegenden Worten einer 76jährigen Urgroßmutter hatte es ein Angeklagter zu verdanken, daß er gefehrt vor dem Schöffengericht milde Richter fand. Die Verhandlung entrollte eine sehr traurige Sittengeschichte.

Der Angeklagte war längere Zeit im Felde gewesen und hatte, wie er vor Gericht aussagte, hier das „Saufen“ geternt. Nach Be-ndigung des Krieges habe er, wie so viele, das traurige Schicksal der arbeitslosen Kriegsbeschädigten teilen müssen und oft nicht ge-wußt, wie er den Hunger seiner beiden Kinder stillen könnte. Hin-zugekommen sei, daß seine Frau erkrankte, so daß er schließ-lich nicht mehr aus und ein gewußt habe. Endlich war es ihm ge-lungen, eine Stellung als Hausdiener in einem großen Desikateffen-geschäft zu erlangen. Als er hier die goldig glänzenden Spießbrüste und appetitlich aussehenden Schmalzmürle täglich habe verpopen müssen, sei ihm plötzlich der Gedanke an seine hungernden Kinder gekommen. Er habe unüberlegt sich einen großen Korb mit Delikatessen, Weinen und Likören zusammengepackt und sei damit nach Geschäftsschluß nach Hause gegangen. In der Verhandlung trat die Urgroßmutter seiner Kinder als sein Verteidiger auf und erzählte weinend, wie ihr Entkelnd, das früher stets für sie und alle Angehörigen gesorgt habe, erst durch den Krieg verroht sei und sich dem Trunk ergeben habe. „Karl ist kein schlechter Mensch, bloß der verdammte Saff, wenn er an den kommt, dann ist es mit ihm vorbei,“ so erklärte die Greisin. Als der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten mit Rücksicht auf den hohen Wert der gestohlenen Waren beantragte, trat die alte Frau vor den Richtertisch und erklärte: „Herr Gerichtshof, lassen Sie meinen Kartemann wieder raus, damit er wenigstens vor Weih-nachten noch ein paar Mark verdienen kann. Ich glaube, der hat für immer genug, der stiehlt auch nicht mehr. Ich glaube, der stiehlt auch nicht mehr.“ Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen, billigte dem Angeklagten jedoch eine Bewäh-rungsfrist und hob den gegen ihn erlassenen Haftbefehl auf.

Keine weiteren Kohlenferien.

Ein Erlass des Kultusministeriums an die nachgeordneten Be-hörden beschäftigt sich mit der an verschiedenen Orten hervorge-trittenen Absicht, aus Sparsamkeitsrücksichten den Weihnachtsferien von beträchtlicher Dauer anzufügen. Nachdem das Ministerium durch Erlass vom 18. November mit Rücksicht auf die Knappheit und Teuerung der Heizstoffe eine Verlängerung der Weih-nachtsferien um fünf Tage angeordnet hat, kann, wie der Amtliche Preussische Pressedienst erfährt, Anträgen auf weitere Ver-längerung der Weihnachtsferien nicht entsprochen werden.



21. Dezember.
Wenn man beim Reinemachen ist, wird man überhaupt nicht fertig. Wenn mein Mann abends nach Hause kommt, fragt er immer ganz erlaut, was ich denn eigentlich den ganzen Tag über gemacht hätte. Es ist mein stiller Berger, daß er nicht von der Nähe, die Hausarbeit macht, zu überzeugen ist. Ich bin heute etwas beschwerter mit dem Geldausgeben gewesen, trotzdem es zu Mittag Geseftal gab. Aber schließlich hört ich das grohörtig an, denn 1/2 Pfund Fleisch für 5 Personen ist ja nicht allzuviel. Ich kaufte heute:

1/2 Liter Milch	142,50 M.
1/4 Pfd. gedacktes Fleisch	300,-
1 „ „ „ „ „ „	265,-
Summa	707,50 M.

In diesem Monat habe ich bis heute 35 050,00 M. ausgegeben. Unser Vater hat ein Däumchen mitgebracht. Klein, aber niedlich. Die Freude ist groß darüber. Er sagte, daß er bald gar keinen gekauft hätte, da die Preise zu hoch seien. Aber er wollte den Kindern nicht die Freude verderben. Nun müssen wir noch Platte besorgen. Cametta, Puh und anderer Schmutz ist noch von silber da. Die Kinder freuen sich auf das Fest und schließlich werden auch wir Großen noch von ihrer Freude angesteckt trotz aller Not.

Die neuen Fernspreckgebühren. Ein Ortsgespräch 15 und 30 Mark.

Die Fernspreckgebühren sind durch die Verordnung vom 7. De-zember 1922 neu festgelegt worden. Danach beträgt die Jahres-Grundgebühr für die Heberfassung und Unterhaltung eines Hauptanschlusses (ohne Gespreckgebühren) vom 1. Januar 1923 an in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen 11 400 M. Die Höchstgebühr ist in Orten von 150 000 bis 200 000 Orts-anschlüssen wie z. B. in Berlin zu zahlen. Sie beträgt 22 800 M. Die Gebühr für ein Ortsgespräch beträgt vom 1. Januar 1923 an von einer Teilnehmerstelle aus 15 Mark. Für die Benutzung der Fernleitungen ist vom 1. Januar 1923 an zu zahlen: für ein Gespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer bei einer Ent-fernung bis zu 5 Kilometern einschließlich 15 M., von mehr als 5 bis 15 Kilometern einschließlich 45 M., von mehr als 15 bis 25 Kilometern einschließlich 90 M., von mehr als 25 bis 50 Kilo-metern einschließlich 150 M., von mehr als 50 bis 100 Kilometern einschließlich 210 M., über 100 Kilometer für jede angefangenen weiteren 100 Kilometer 90 M. mehr. Bei öffentlichen Spreckstellen beträgt vom 1. Januar 1923 an die Gebühr für ein Gespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer im Orts-netze und im Fernnetz auf Entfernungen von nicht mehr als fünf Kilometern 30 Mark. Einen Vorteil erlangen die Teil-nehmer durch die neue Bestimmung, daß eine Mindestgebühr für monatlich 40 Ortsgespräche nicht mehr erhoben wird. Wer seinen Anschluß aus Anlaß der Gebühreänderung nicht be-halten will, kann ihn bis zum 28. Dezember 1922 auf den 31. De-zember 1922 kündigen.

Den Scherzschwindel im Großen betrieb ein Kaufmann Will Unruh, der jetzt von der Kriminalpolizei in München un-fählich gemacht wurde. Der Schwindler, der gern als Freiherr oder Baron von Unruh auftrat, pflegte Gesellschaften zu gründen, die nur darauf berechnet waren, Bankgeschäften und Geldleuten bedeutende Mittel abzulocken. Besonders gab er Scherz auf amerikanische Banken. Alle Scherz, die über 1000 bis 50 000 Dollar lauteten, erwiesen sich als von Anfang bis zu Ende gefälscht und ungedeckt. Der Schwindler machte sie entweder ganz zu Geld oder ließ sich bedeutende Vorschüsse darauf geben. So erbrachte er ungeheure Beträge. Die Dienststelle B. 11. 1 im Berliner Polizeipräsidium beschäftigt sich mit der Angelegenheit und nimmt Mitteilungen über die Betrügereien des Verhafteten entgegen.

Bäckereiarbeit zu Weihnachten und Neujahr. Der Minister für Handel und Gewerbe hat sich, wie der Amtliche Preussische Pres-sedienst mittelt, nach Rücksprache mit den Vertretern der Ädeltgebet und Arbeitnehmer des Bäder- und Konditorgewerbes damit ein-verstanden erklärt, daß zur Sicherstellung der Brotversorgung der Bevölkerung nicht der 2. Feiertag, sondern der Sonntag vor Weihnachten (21. Dezember) und außerdem der Sonntag vor Neujahr (Silvester) für die Arbeit in den Bäckereien und Kondito-reien freigegeben wird. Die Beschäftigung des einzelnen Arbeiters darf jedoch an diesen Tagen nicht länger als 8 Stunden dauern und nicht über 4 Uhr nachmittags aufgedehnt werden.

Der Arzwall vor dem Zirkus Busch, der sich am 15. Oktober d. J. ereignete, hatte auf Veranlassung des Staatsanwaltes zur Einleitung eines Strafverfahrens wegen Landfriedensbruchs ge-führt. Zwei derartige Verhandlungen sollten vor der 9. Straf-kammer des Landgerichts I zur Aburteilung kommen. Das Gericht hielt es nach längerer Beratung für notwendig, noch weitere Be-weißerhebungen anzustellen und kam zu einer Vertagung.

Ein neues Varietö am Alexanderplatz. Am 1. Weihnachtstfeiertag eröffnet Direktor Peter Sachle im Lebervereinshaus am Alexanderplatz ein neues Kabarettvariö, das den Namen Hansa-Variö tragen wird.

Ein Dampfer im Mittelmeer gesunken.

Der Dampfer „Sefri“, der von Genia nach Neapel aus-gelassen war, scheint verloren zu sein. Die letzte Nachricht von diesem Dampfer war ein drahlloser Hilferuf, den der Dampfer „Porto di Savona“ aufging. Als die „Porto di Savona“ an der bezeichneten Stelle ankam, war von der „Sefri“ nichts mehr zu sehen. Passagiere und Mannschaften, etwa 100 Personen, scheinen ertrunken zu sein. Die „Sefri“ war ein 5800 Tonnen großer Dampfer, der vor vier Jahren gebaut worden war.

Ueberfall auf einen Eisenbahnzug in Irland. Die aus Dublin gemeldet wird, ist ein Schnellzug Belfast-Dublin vergangene Nacht unterwegs von bewaffneten Männern angehalten und in Brand gesteckt worden. Ein aus Dublin kommender Güter-zug stieß mit dem brennenden Zuge zusammen. Rördlich von Dem-bale wurde ein weiterer Güterzug zum Entgleisen ge-bracht.

Auch noch ein Germanisches Museum. In einem Thüringer Städtchen kursiert folgende reizende Geschichte: Der Direktor des Germanischen Museums in Rürnberg berührte die Stadt, dabei erinnerte er sich, daß in S. eine Schenswürdigkeit aus der Wendenzeit aufbewahrt werde. Deshalb ging er zum Bürgermeister, um sich die Erlaubnis zur Besichtigung zu holen. Er trat den wortfargen Ortsbewohnern zu Hause und stellte sich vor: „Ich bin der Direktor des Germanischen Museums und wolle bitten...“ Der Bürgermeister ließ ihn nicht erst ausreden: „Wird nicht jenähmigt!“ erklärte er. Der Direktor war sprachlos und ver-suchte einzuwenden: „Ja, aber erlauben Sie mal...“ Darob der Hüter der Stadtordnung: „Ich erlaube ja nicht! Wird nicht jenähmigt und damit Punktum.“ Vor 14 Tagen 'ne Menagerie, vorige Woche ein Panoptikum, diese Woche 'n Karussell und nun noch ein Germanisches Museum? Wird nicht jenähmigt!“ Und ließ den verblüfften Direktor stehen.

Weihnachtsfreude!

Eine Salamander Stiefel

Der gute Salamander Stiefel

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute abend, pünktlich 6 Uhr: Wichtige Sitzung des Bezirksvorstandes und der Preßkommission im Konferenzsaal des Parteivorstandes, Lindenstr. 3, 1. Hof Ausgang II, 4 Treppen. Die Mitglieder der Preßkommission sind eingeladen. Die zu 5 Uhr anberaumte Sitzung findet nach der Beratung mit dem Bezirksvorstand statt.

- 4. Kreis, Grenzland Berg, Arbeitergemeinschaft der Kinderfreunde, Sonnabend, den 23. Dezember, abends 6 Uhr, Weihnachtsfeier in der Schulaula Greifendammstr. 10.
- 14. Kreis, Die Genossen veranlassen am Mittwoch, den 27. Dezember (8. Weihnachtstag), in dem als Alpenlandschaft decorierten großen Saal der „Neuen Welt“ einen Familienabend. Von der Arbeiterjugend und dem Arbeiter-Rinderberg Neuland gelangen Volkslieder und Märchen zur Ausführung. Als Abschluss findet gefälliges Weisensingen und Tanz statt. Eintrittskarten 25 M., einzeln, Steuer in den Vorwärts-Expeditionen und an der Abendkasse, Anfang 6 Uhr.

Heute, Freitag, den 22. Dezember:

- 11. Abt. 7 1/2 Uhr bei Kaiser, Gogolstraße 24, Funktionärskonferenz. Die Vorstandsmitglieder erscheinen eine halbe Stunde früher.

Morgen, Sonnabend, den 23. Dezember:

- 109. Abt. Friedrichshagen. Pünktlich 7 1/2 Uhr Weihnachtsfeier im Brauereiausgang, Gäste und Mitglieder mit ihren Familien haben freien Eintritt.

121. Abt. Riechschützen, 3 Uhr bei Kuback, Ullrich, Ecke Treppenstraße, wichtige Funktionärskonferenz.

122. Abt. Die Jahreshende fallen in diesem Monat aus. Die Bezirksleiter müssen aber sämtliche zahlenden Beiträge einholen.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute, Freitag, den 22. Dezember:

Moabit, Jugendheim Gemeindefürsorge, 11, Vortrag: „Großstadtjugend“ — Schönberg II, Jugendheim Gemeindefürsorge, 10, Vortrag: „Weihnachten“ — Steglitz, Jugendheim Albrechtstr. 46, Vortrag: „Was ist Kultur?“

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Mitgliederverband des 14. Verwaltungsbezirks, Am Freitag, den 22. d. M., abends 7 Uhr, findet in der Schulaula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums Neuland, Kaiser-Friedrich-Str. 23, eine Mitglieder-Versammlung der 3., 4. und 5. Abteilung statt. Tagesordnung: „Die Ausweisung des NKD. auf unsere Mitglieder.“

Der Gemischte Chor Norden (Mittel d. N.-S.-B., Gau Berlin) veranstaltet am Montag, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, in der Hochschulbrauerei, Seestraße, ein Konzert, bestehend aus Gesang, Rezitation und Klaviergut. Nach dem Konzert Ball.

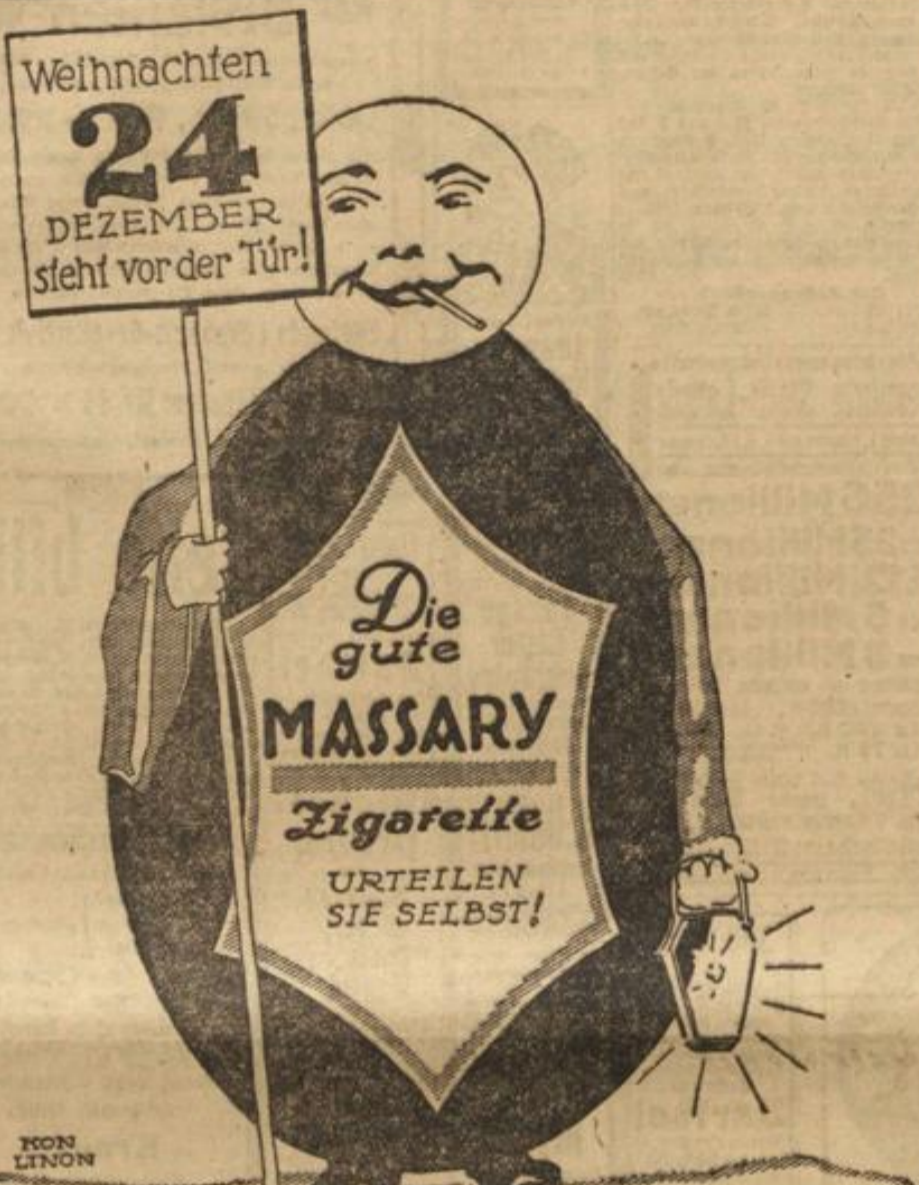
Arbeitersport.

Städtewettkampf Rudow-Berlin gegen Halle a. S. Am Montag, den 23. Dezember (1. Heirats), findet im Rudow-Ruderschiffhaus, Mülchstr. 24, großer Saal, ein Städtewettkampf im Ringen zwischen Halle a. S. und Rudow-Berlin statt. Ein Wettkampf im Leben zwischen dem Rudowklub und dem Sieger beim Arbeiter-Sportfest in Leipzig beenden das Sportprogramm. Anfang 4 Uhr nachmittags. Preis: Schwimmer Norden, Gest. 1900. Am Mittwoch, den 27., abends 8 1/2 Uhr, Weihnachtsfeier bei Heibel, Koberger Straße. Eltern der Schüler und Schülerinnen als Gäste willkommen. — Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal, Berolinerstr. 71. Wichtige Tagesordnung, Neuwahl des Vorstandes usw. Beschlüssiges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Briefkasten der Redaktion.

1. Hof post. Aufs. vor. Schriftstücke und Berichte sind mitzubringen. Persönliche Zuschriften werden nicht erwidert. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge füge man einen Aufkleber und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trage man in der persönlichen Sprechstunde, Lindenstr. 3, S. 46. Auskunft über die drei Genossen erhalten Sie beim Arbeiter-Verein, Engelstr. 24-25, Ausgang B, 2 Treppen. — Nr. 24. Gemeinnützige Gesellschaft „Hausrat“, Schönberg, Seidenbäum 44.

Wetter bis Sonnabend mittig. Mild, teilweise auffarend, jedoch überwiegend trüb, im Westen und Nordwesten ergiebig, in Ostost geringe Regenfälle bei trübem lässeligen Winden.



Massary Delff
edel wie der Name
Überall herzlich willkommen!

Gold — Füllhalter, 14 Kar., Gold, Diam.-Inkrust., in Hartgummi, Präzisionsarbeit. Zufriedenes S. bleiben ein ganzes Leben lang. 12 Wochen Umtausch.

Vertreter gesucht. Prospekt gratis.

Fachkundige Beratung, Reparaturen alter Halter.

Fink
Berlin V., Friedrichstr. 74, gegenüber Kaiser-Café.

MARGRAF & Co.
Juweliere
Berlin, Unter den Linden 21
Kanonierstr. 9 Tauentzienstr. 18a
Juwelen * Perlen
Reichhaltiges Silberlager
Besondere Ankaufs-Abteilung

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigauer Str. 71-73 a, 5 Min. von Bf. Frankfurter Allee

empfehlen zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung.

Gegründet 1876

Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und
besseren Genres

Küchen farbig und naturfarbig in allen Preislagen

Inserate
im
Vorwärts
verbürgen
Erfolg!

Zur Verlobung
Trauringe billiger
Duk.-Gold 900 gest., 6 Gramm schwer
St. 35 000 M., einfache Trauringe, gest. von 2000 M. an.
Preise fest nur am Tage des Erscheinens! Fast alle Preislagen am Lager. Namen u. Etui umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen von Trauringen bei Goldzugabe in 24 Stunden.
Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt!

Trauringfabrik Albert Thal & Co.
I. Gesch. C 19, Seydelstraße 5 (Spielmarkt)
II. Gesch.: Charlottenbg., Bismarckstr. 76 (Waldpark-Straße-Platz)

Wo erzielt man die höchsten Börsenpreise
für
Gold-, Silber-, Platin-Broh

Barren, Uhren, Ketten, Ringe, Löffel, Bestecke, Brennstifte, Zahngelisse, einzelne Zähne

Brillianten
Diese Frage beantwortet nur die Firma.

Gebrüder Engelberg G. m. b. H.
— kein —
Flureingang **Burgstr. 29, Laden** im Bureauhaus — Börse —

Filiale: **Friedrichstr. 250, am Belle-Alliance-Platz**
Besonders hohe Preise für Platin und Zahngelisse!

Tel. 8162 Nord. 9021 9029 **Bester Absatz für Händler!** Tel. 8162 Nord. 9021 9029

Unzählige Anerkennungsschreiben beweisen die seltene Preiswürdigkeit und Qualität meiner Ware.

Ges. gesch.

Tel.-Adr.: Trauringkanone.

Brautleute! Die Preise von Trauringen sind — trotz bisweilen erheblicher Qualität — derzeit verschieden, das oft Preisschwankungen von 1000 bis 2000 Mark auftreten. Wollen Sie sich diesen nicht unterwerfen, sondern sich der günstigsten und leistungsfähigsten Quelle bedienen, so gibt es nur eins — zu mir. Als Selbsthersteller before ich in Qualität und Preis einzig dastehend

TRAURINGE

1 Trauring (Dukaleng.) von M. 4000 an | 1 Ring 585 gestempelt von M. 3000 an
1 Ring 333 gestempelt . . . von M. 2000 an

Garantieschein für gesetzlichen Goldgehalt.

Juwelier H. Wiese, Artilleriestraße 30
5 Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße
Passauer Straße 12, Ecke Augsburger Straße
5 Minuten vom Bahnhof Zoo.

Ausführlicher Katalog nach anherhalb freien Einspruchs.

Bestellungen nach außerhalb bitte ich rechtzeitig vornehmen zu wollen, damit bei der Fülle der Bestellungen keine Verzögerung eintritt.

Sonntag, 24. Dezember, von 1-5 Uhr geöffnet.

